

DER STANDARD

WOCHE NENDE



Die Nacht mit der geschenkten Stunde

Zeitumstellung am Sonntag

Tierische Putztrupps und ungeliebte Wohngenossen

in den IMMOBILIEN

Net aufpuddeln! Die MA 24 öffnet wieder

KOMMUNIKATION Seite 40



SA./SO., 25./26. OKTOBER 2025

ÖSTERREICH'S UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG — HERAUSGEGEBEN VON OSCAR BRONNER

€ 3,50 | Nr. 11.138

SCHWERPUNKTAUSGABE

Unsere Zukunft

39 Ideen, wie wir das schaffen

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Einfach ist's nicht momentan, Jammern hilft jedenfalls nicht. Es liegt an unserem Zutun, die Perspektive zu ändern. Wie kann es diesem Land konkret wieder gelingen, Mut zu fassen, Zuversicht zu entwickeln?

DER STANDARD hat in der vor Ihnen liegenden Schwerpunkttausgabe aus 39 Ideen einen Zukunftsplan für Österreich zusammengesetzt. Ideen, für die es Demokratie benötigt und die gleichzeitig die kommenden Jahre nutzen,

um gesellschaftlichen Zusammenhalt, Demokratie und Standort zu sichern.

Die redaktionelle Leitung oblag **Nana Siebert**, für die visuelle Umsetzung zeichneten **Simon Klausner** (Layout) und **Tabea Kerschbaumer** (Foto) verantwortlich.

Ihnen alle Zuversicht dieser Welt!

Herzlich, Ihr
Gerold Riedmann, Chefredakteur

ILLUSTRATION: SIMON KLAUSNER

ZITAT DES TAGES

„Wenn von unseren Beschäftigten jeder so tut und denkt, als ob es sein eigenes Unternehmen wäre, dann haben wir gewonnen.“

Miba-Chef **Peter Mitterbauer** über Führung und Fehlerkultur im Unternehmen in den KARRIEREN

STANDARDS

Sport	31, 32
Kinoprogramm	39
Kommunikation	40
Szenario	44
Kommentar der anderen	46, 47
Rätsel, Sudoku	K5
Wetter	36

Westen: 6 bis 12° Süden: 0 bis 12° Norden: 3 bis 11° Osten: 5 bis 15°



Trumps goldenes Zeitalter

Wer sich einen güldenen Ballsaal für tausend Leute baut und dafür einen Teil des Weißen Hauses niederreißen lässt, der will das Amt des Präsidenten der USA nicht schon in drei Jahren wieder abgeben. Donald Trump will Herrscher sein, „for life“, und sein Berater, der sinistre Steve Bannon, hat es soeben in einem Interview mit dem britischen *Economist* bestätigt: „Es gibt einen Plan. Trump wird 2028 der Präsident sein.“ Die MAGA-Bewegung sei transzendent: „Wir haben Anspruch auf das Land und haben es zurückgeholt.“

US-Präsidenten dürfen seit 1951 nicht mehr als zweimal ins Amt gewählt werden. Vorher war das nur ein Gentlemen's Agreement, das Franklin Delano Roosevelt jedoch mit Hinweis auf Weltwirt-

schaftskrise und Krieg durchbrach: Er wurde viermal gewählt. Steve Bannon's „Plan“ geht wohl so: Trump könnte 2028 als Vizepräsident kandidieren, J. D. Vance als Präsident. Nach der Wahl tritt Vance zugunsten von Trump zurück, der wird wieder Präsident.

Das ist das Modell seines Vorbilds Putin, der von 2008 bis 2012 seinem Gefolgsmann Dmitri Medwedew den Pro-forma-Vorsitz ließ und seither mit Verfassungsänderung durchregiert.

Trump, der seine Wahlniederlage schon 2020 nicht anerkennen wollte, will es mit Sicherheit ähnlich halten. Bis dahin steht dann auch schon der Ballsaal, der nach Modellen massiver als das eigentliche Weiße Haus sein wird. Das Interieur laut Rendering: Vollgold. Cäsarenwahn vom Feinsten.

RAU

HEUTE

Von der FPÖ zur AfD

Der frühere FPÖ-Abgeordnete Hans-Jörg Jenewein arbeitet jetzt als Sprecher für die AfD-Fraktion in Thüringen unter Björn Höcke. Seite 29

Anzeige wegen Persmanhof

Nach dem Bericht der Persmanhof-Kommission zeigt das Land Kärnten jetzt den Bezirkshauptmann von Völkermarkt an. Seite 30

Hoffnung im Riesentorlauf

Lang ist es her, doch Julia Scheib und Raphael Haaser geben Hoffnung auf einen ÖSV-Erfolg beim Auftakt in Sölden. Seite 31

Arbeit in der Gastro

Die Neueröffnung des Café Bräuereihof in Wien stößt erneut eine Debatte über die Arbeitsbedingungen in der Gastronomie an. Seite 33

Hüa!



IMAGO

Zum Nationalfeiertag befragen wir die Neutralität und freuen uns über Austriaismus – und Lipizzaner. Pferde gibt es auch in der koreanischen Serie „Squid Game“. „Wir sind keine Pferde“, heißt es da. Aber wir mögen sie. AGENDA S. 25–27 und im ALBUM

**IDEE
#1**Jetzt handeln,
damit Zukunft
bleibt.

Warum es einen ZUKUN FTS PLAN braucht

Österreichs ökonomische Sorgen gehen über eine bloße Konjunkturschwäche weit hinaus. Noch ist Zeit zum Umsteuern, bevor sich die Probleme in den nächsten Jahren festsetzen. Zwölf Grafiken werfen einen Blick auf die drängendsten Herausforderungen.

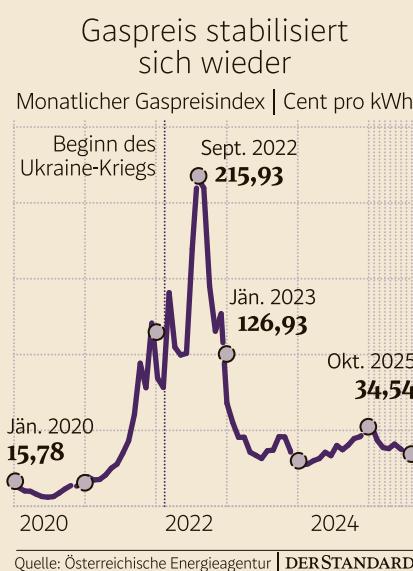
Joseph Gepp, Michael Matzenberger, Gerald John,
Irene Brickner, Lisa Nimmervoll, Maximilian Werner
GRAFIK: Fatih Aydogdu

Die Zeiten – sie scheinen nicht gut. Österreich steckt seit Jahren in einer Wirtschaftskrise, auch wenn sich die Lage in letzter Zeit etwas beruhigt hat. Doch die hohe Inflation hinterlässt ihre Spuren: Sie verunsichert die Menschen und entlädt sich in politischen Erschütterungen – sie hat wohl ihren Teil zum Wahlsieg der FPÖ im Herbst 2024 beigetragen. Der industrielle Sektor des Landes ächzt unter den gestiegenen Lohnkosten, dem wirtschaftlichen Aufstieg Chinas und den immer drängender werdenden Anforderungen der Dekarbonisierung. Die Pleiten von Unternehmen wie KTM oder Sigma vervollständigen das Bild. Experten warnen immer wieder: Der Wohlstand des Landes ist in Gefahr.

Diese Botschaften lesen wir fast täglich in den Nachrichten. Aber die Frage, die oft unbeantwortet bleibt, lautet: Was können wir dagegen tun? Wie gelingt es uns, die grüne Transformation voranzutreiben? Wie lässt sich Österreichs Standing in der Quantentechnologie weiter ausbauen – einem Sektor, der abseits des Rampenlichts erfolgreich unterwegs ist? Wie können Start-ups in Österreich gehalten werden, statt sie ans Ausland zu verlieren? Und wie schafft man es, das Steuersystem zukunftsfähig zu gestalten?

Diese Ausgabe des STANDARD hat sich vorgenommen, Antworten zu liefern. Doch bevor Lösungen skizziert werden, wollen wir die Lage genauer betrachten. Denn vor allem seit dem russischen Überfall auf die Ukraine im Jahr 2022 sind die Herausforderungen größer und spürbarer geworden. Die folgenden Grafiken beleuchten die Ursachen dieser herausfordernden Zeit.

Fortsetzung auf Seite 4 →



Inflationstreiber

Energiepreise sind nach wie vor höher als vor 2022

Es war ein Schock für Wirtschaft und Haushalte: 2022, nach Russlands Überfall auf die Ukraine, erreichten die Gaspreise Höhen wie kaum zuvor in der Geschichte. Damit einhergehend stiegen auch die Strompreise, die an sie gekoppelt sind. Es war eine der Hauptursachen für die historisch hohe Inflation, die darauf folgte. Seitdem wird in Österreich über Preisbremser, Unterstützungsmaßnahmen und notwendige Reformen auf dem Energiemarkt diskutiert. Heute ist Gas in Europa immer noch doppelt bis dreimal so teuer wie etwa in den USA – die Stromkosten liegen etwa doppelt so hoch.

Aktie? Anleihe?

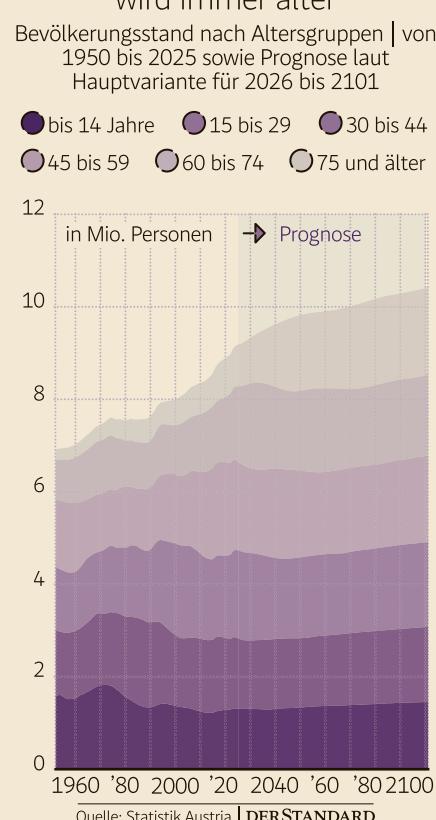
Bei der Finanzkompetenz gibt es Luft nach oben

Finanzwissen mit Lücken: Fehlannahmen weit verbreitet
Prozentueller Anteil der „stimme voll zu“- und „stimme eher zu“-Antworten in einer repräsentativen Umfrage unter tausend erwachsenen Österreichern auf folgende Fragen:

- 60 % Erfolgreiches Investieren in Wertpapiere erfordert **jahrelange Erfahrung** mit dem Wertpapiermarkt
- 44 % Mit kleinen Geldbeträgen wie 30 Euro pro Monat lohnt es sich nicht, in den Wertpapiermarkt zu investieren
- 41 % Der Aktienmarkt ist ein reines Glücksspiel
- 36 % Mit Aktien kann man viel **mehr verlieren** als gewinnen
- 29 % Ich denke, Investieren in Wertpapiere ist ausschließlich etwas für reiche Leute

Quellen: Greimel-Fuhrmann & Riess | Gallup | DER STANDARD

Österreichs Bevölkerung wird immer älter



Tückische Demografie

Pensionen, Gesundheit und Pflege kosten immer mehr

Die Menschen in Österreich werden immer älter, bekommen aber weniger Kinder als früher: Dieser demografische Umbruch stellt das Sozialsystem auf eine schwere Probe. Ein besonders drängendes Thema sind die Pensionen. Eine stagnierende Zahl an Erwerbstätigen muss immer mehr Senioren mit ihren Sozialbeiträgen versorgen. Dass dies zunehmend schwierig wird, ist bereits deutlich im Staatsbudget zu spüren. Doch langfristig gesehen ist das noch nicht der größte Brocken. Laut dem Fiskalrat werden vor allem die Ausgaben für Pflege und Gesundheitsversorgung massiv steigen. Denn ältere Menschen benötigen häufiger Hilfe und gehen öfter zum Arzt.

Österreich verzeichnet starken Anstieg der Lohnstückkosten

Veränderung der nominalen Lohnstückkosten [Arbeitnehmerentgelt pro Arbeitnehmer im Verhältnis zur gesamtwirtschaftlichen Produktivität] von 2020 bis 2025* in Prozent

Hohe Lohnstückkosten

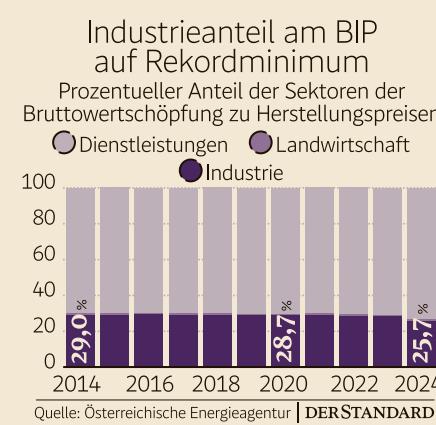
Die Arbeit in Österreich wird inflationsbedingt sehr teuer

Eigentlich läuft Österreichs Wirtschaft recht effizient – setzt man die Löhne ins Verhältnis zur Produktivität, schneidet das Land im Europavergleich gut ab. In einer durchschnittlichen Arbeitsstunde wird in Österreich also relativ viel Wert geschaffen. Das Problem jedoch: Besonders in den vergangenen Jahren sind die sogenannten Lohnstückkosten stark gestiegen. Das liegt unter anderem an der Inflation, die die höchste in Westeuropa war und wiederum hohe Lohnabschlüsse zur Folge hatte. Die Produktivitätsgewinne der Wirtschaft hielten damit nicht Schritt, um so die Lohnstückkosten im Zaum zu halten. Zwischen 2020 und 2025 sind sie in Österreich um 6,2 Prozent gestiegen, während es in Deutschland nur 5,1 Prozent waren, in Frankreich 2,5 Prozent und in Italien 3,5 Prozent – eine Folge der verfehlten Inflationspolitik.

Industrie in der Krise

Die Industrie schwächelt seit einigen Jahren

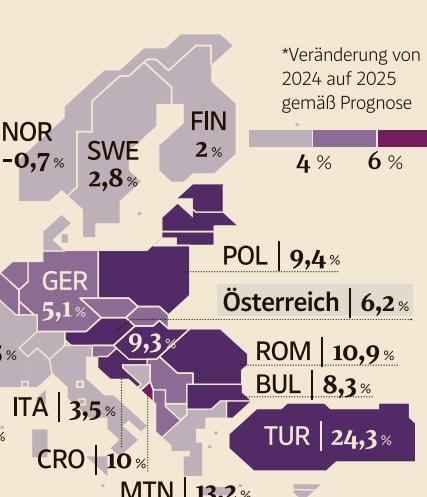
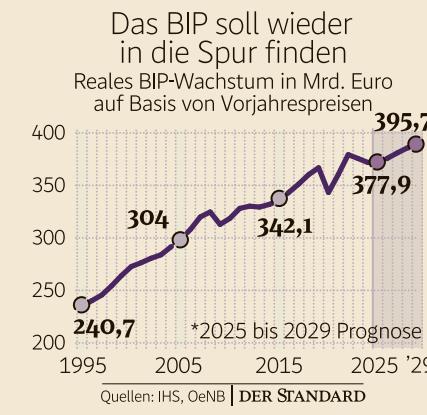
Bei Österreich denken zwar viele an Skifahren und gutes Essen – doch das Land ist seit jeher auch ein bedeutender Industriestandort. Das Spektrum reicht dabei von Großkonzernen wie OMV und Voestalpine bis zu vielen mittelständischen Hidden Champions, etwa Autozulieferern. In den vergangenen Jahren ist der Industrie- und Gewerbeanteil an der Wirtschaftsleistung jedoch gesunken – nicht dramatisch, aber doch auf einen Tiefstand. Derzeit liegt er bei knapp 26 Prozent, vor fünf Jahren waren es noch 29 Prozent.



Wachstumsschwäche

Die längste Rezession der Nachkriegszeit

Seit der Energiekrise 2022 läuft die Wirtschaft nicht mehr rund. Auch wenn sich die Lage seither etwas entspannt hat, folgte auf die Krise die längste Rezessionsphase der Zweiten Republik, die mehr als zwei Jahre andauerte. Die Prognosen für die Zukunft? Geringfügig optimistischer, aber auch nicht rosig. Es liegt an einer Vielzahl von Faktoren: Die hohe Inflation hat die Lohnkosten in die Höhe getrieben, und die globale Wirtschaftskraft verlagert sich zunehmend in Richtung China.



Export

Die Auswahl der Handelspartner ist zu klein

Österreichs Außenhandel ist nach wie vor stark auf wenige wichtige Partner konzentriert. Dazu zählen vor allem Deutschland, das selbst in einer Krise steckt und unter dem Aufstieg Chinas leidet, und die USA, die sich mit Donald Trumps Zöllen gerade von der Weltwirtschaft abschotten. Drittens ist da noch Italien, das seit Langem unter einer Wachstumsschwäche leidet. Zwar gibt es Initiativen, das Spektrum der Handelspartner zu erweitern und uns krisenfester aufzustellen – etwa in Richtung Lateinamerika und Ostasien. Doch bisher zeigen diese Bemühungen wenig Erfolg. Immer noch nehmen nur zehn Länder rund 70 Prozent der heimischen Exporte auf.

Zehn Länder nehmen fast 70 Prozent der Exporte auf

Ausfuhren von Waren aus Österreich nach Anteilen der Gesamtexporte

Deutschland	29,7%	ITÄ	6,2%	SUI	5%
		POL	3,9%		
		FRA	3,6%	CZE	3,5%
		HUN	3,6%	CHI	2,8%
USA	8,5%	GB	2,6%		
restliche Länder					
30,6%					

Quelle: Statistik Austria | DER STANDARD

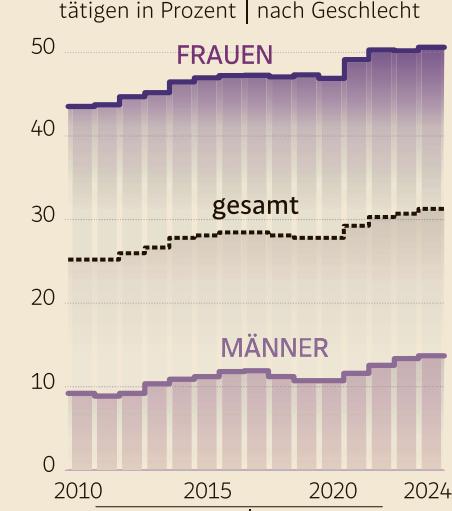
Teilzeit

Hohe Quote gefährdet den Sozialstaat der Zukunft

Es war im vergangenen Sommer eines der heißesten Themen: Österreich hat eine extrem hohe Teilzeitquote. Vor allem unter den Frauen arbeitet mehr als die Hälfte in Teilzeit; insgesamt betrifft es fast ein Drittel aller Beschäftigten. Damit zählt Österreich in Europa zu den Spitzeneitern, was Teilzeit betrifft. Zum Problem wird das jedoch, da die hohe Zahl an Teilzeitkräften die Finanzierbarkeit des Sozialstaats gefährdet – insbesondere in Hinblick auf künftige Herausforderungen wie Pensionen, Gesundheit und Pflege. Politisch umstritten ist auch, wie viele Menschen faktisch freiwillig in Teilzeit arbeiten, also ohne besondere Verpflichtungen wie etwa Pflegeverantwortung.

Teilzeitquote von Frauen nach Corona über 50 Prozent gestiegen

Teilzeitbeschäftigte in Prozent nach Geschlecht



Sozialberufe dominieren die Mangelliste

Engpassberufe in Österreich nach offenen Stellen im zweiten Quartal 2025 laut Fachkräftebarometer von BMASGPK und AMS

Erzieher	1.974
Diplomierte Krankenpfleger	1.906
Nichtdipl. Krankenpfleger	1.876
Kraftfahrzeugmechaniker	1.348
Rohrinstallateur, -monteur	1.101
Arzt	966
Maurer	882
Sonstige Grobmechaniker	668
Bau- und Möbeltischler	665
Dreher	628

Quellen: BMASGPK | AMS | DER STANDARD

Mangelberufe

Der Fachkräftemangel in Österreich wird größer

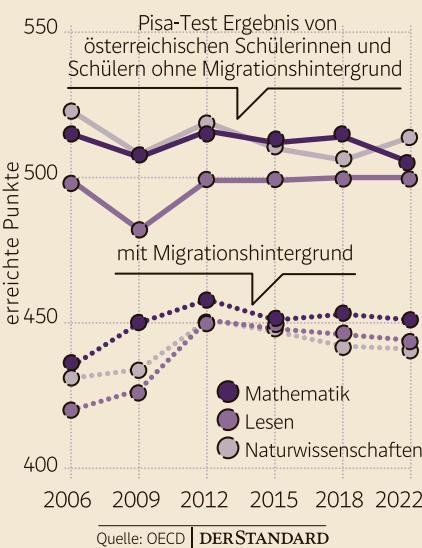
Es war ein immenser Beitrag zu Österreichs Wirtschaftsleistung, der häufig unterschätzt wird: Nach der Ostöffnung Anfang der 1990er-Jahre wanderten hunderttausende – häufig hochqualifizierte – Arbeitskräfte aus dem vormaligen Ostblock zu, die hierzulande Wirtschaft wie Gesellschaft belebten. Allerdings: Mittlerweile ist der Zenit längst überschritten. Viele dieser Migranten kehren heute eher in ihre Länder heim, statt dass sie kommen. Fachkräfte von außerhalb der EU wiederum tun sich schwer, auch wegen unnötig höher Auflagen. Eine Folge: Die Liste jener Berufe, bei denen Personalmangel herrscht, wird länger.

Schulsystem

Österreich lässt viel Potenzial ungenutzt

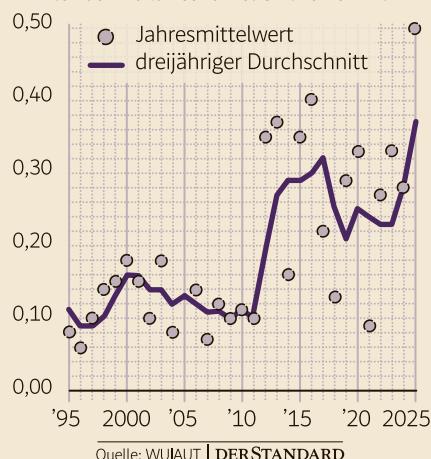
Die Pisa-Studie zeigt es seit fast einem Vierteljahrhundert: Der Abstand zwischen 15- bis 16-Jährigen mit und ohne Migrationshintergrund ist in Österreich groß – und bleibt es. Im Lesen lagen Schülerinnen und Schüler ohne Migrationsgeschichte 2018 im Schnitt 63 Punkte vor migrantischen Jugendlichen, in Mathematik 2022 um 58 Punkte – das entspricht bis zu zwei Schuljahren Lernvorsprung. Die Grafik zeigt: Trotz Reformrhetorik stagniert die Chancengleichheit, Bildungserfolg hängt in Österreich weiterhin stark von (sozialer und migrantischer) Herkunft und Sprache ab. Ein Verlust an Potenzial und Lebenschancen, den wir uns nicht länger leisten können und dürfen.

Pisa-Ergebnisse nach Migrationshintergrund



Unsicherheitsindex für Österreich steigt

Werte des *World Uncertainty Index for Austria* [WUIAUT] seit 1995. Der Index misst, wie häufig das Wort „Unsicherheit“ in den jährlichen Länderberichten der World Economist Unit vorkommt



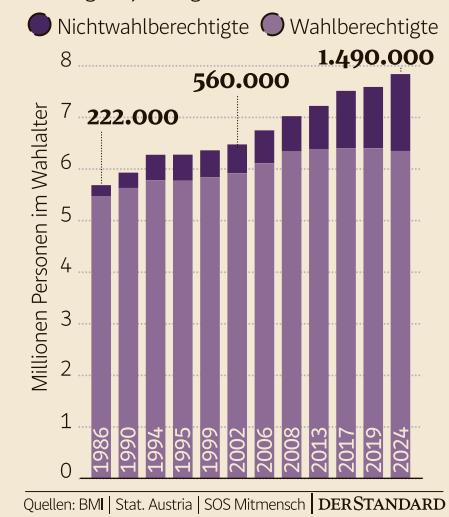
Wahlrecht öffnen

Einwandererbeteiligung stärkt Zusammenhalt

Österreich hat eines der weltweit strengsten Staatsbürgerschaftsgesetze. Das erschwert die Einbürgerung von Einwanderern und Einwanderinnen sehr. Daher sind immer mehr Menschen, die hier arbeiten, Steuern zahlen und eine Familie gründen, nicht wahlberechtigt. Sie bleiben rechtlich Fremde und gehören nicht vollständig dazu. Eine Veränderung dieses Zustands – das Erleichtern der Einbürgerung und die Öffnung des Wahlrechts auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene für niedergelassene Personen – würde sie stärker in die Gesellschaft integrieren und den Zusammenhalt fördern. Der politische Wille würde damit repräsentativer, die Demokratie gestärkt.

Immer mehr Menschen ohne Wahlrecht

Entwicklung der österreichischen Bevölkerung im jeweiligen Wahlalter seit 1986



ÖSTERREICH KANN ZUKUNFT



Wenn Ideen freie Fahrt haben.

Eine Initiative der

WKO
WIRTSCHAFTSKAMMERN ÖSTERREICH

Mehr als nur Reförmchen



Mehr Wettbewerb, weniger Steuern auf Arbeit und effizientere Amtswege: Es braucht tiefgreifendere Reformen, um den Aufschwung zu bewerkstelligen. Worin ein Schlüssel zum Erfolg liegen kann.

András Szigetvari, Joseph Gepp

Der ehemalige Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) machte die Senkung der Abgabenquote zum Wahlkampfschlager, auch FPÖ und Neos träumten davon. Doch umgesetzt wurde dies nie.

Im Gegenteil: Im vergangenen Nationalratswahlkampf überboten sich die Parteien mit Vorschlägen zur Entlastung von Bürgern und Unternehmen. Bekanntlich müssen ÖVP, SPÖ und Neos nun jedoch ein Sparpaket umsetzen. Laut Wifo steuert die Abgabenquote auf 43,9 Prozent in diesem Jahr und 44,1 Prozent im nächsten zu – deutlich höher als in den meisten EU-Staaten.

Ist das wirklich ein Problem? Die Abgabenquote misst, wie viel Steuern und Abgaben der Staat im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung einnimmt. In Österreich greift der Staat stärker ins Wirtschaftsleben ein als in den meisten anderen EU-Staaten. Einen Preis für die liberalste Wirtschaftsordnung gewinnen wir also nicht.

Doch die Quote sagt wenig über den Erfolg einer Volkswirtschaft aus, wie die Ökonomin Margit Schratzenstaller anmerkt. So haben erfolgreiche Länder wie Dänemark hohe Quoten, während ärmere Länder wie Rumänien niedrigere aufweisen.

Wohl drängt sich jedoch die Frage auf, ob wir im Gegenzug für die hohe Abgabengenlast ausreichend Leistungen vom Staat erhalten. Die Urteile darüber fallen je nach Bereich unterschiedlich aus: Bei der Armutsbekämpfung stehen wir im EU-Vergleich gut da. Die Ergebnisse im Bildungssystem sind jedoch schwach, und die wachsende Unzufriedenheit mit dem Gesundheitssystem deutet auf bestehende Probleme hin – Stichwort: Zweiklassenmedizin.

Die zweite Frage lautet, ob die Belastungen ideal verteilt sind. Hier gibt es berechtigte Zweifel. In Österreich ist Arbeit stark belastet. Die Industriestaatenorganisation

STEUERN

IDEE #2

Wer produktiv ist,
gehört entlastet

OECD hat eine eigene Messmethode: Sie untersucht, welcher Teil der gesamten Arbeitskosten bei den Beschäftigten als Lohn ankommt. Von einem Euro an Arbeitskosten landen bei einem Single ohne Kinder lediglich 47,2 Cent als Netto-Lohn. Dabei fallen nicht nur Steuern ins Gewicht, sondern auch die Versicherungsbeiträge von Dienstgebern und Dienstnehmern. Nur in vier Ländern – Belgien, Frankreich, Italien und Deutschland – ist die Belastung noch höher. Bei Personen mit Kindern ist Österreich dank diverser Steuerboni für Kinder nicht mehr ganz so weit vorne.

Wachstumsfeindlich

Laut OECD ist diese Form der Besteuerung insgesamt nicht sehr „wachstumsfreundlich“. Die Logik dahinter lautet: Wenn die Belastung von Arbeit niedriger wäre, fiele es Unternehmen leichter, mehr Menschen einzustellen. Gleichzeitig könnte es für Beschäftigte verlockender werden, ihre Stunden aufzustocken, wenn vom Bruttolohn auch mehr Netto übrig bleibt. Es gibt Studien, die einen positiven Beschäftigungseffekt durch die Senkung der Lohnnebenkosten belegen, etwa aus Schweden. Andere Studien kommen zu keinem solchen Ergebnis. Doch empirische Befunde sprechen dafür, dass es durchaus einen Versuch wert wäre, Arbeit günstiger zu machen, meint Schratzenstaller.

Die Sache ist allerdings teuer. Eine Senkung der Lohnnebenkosten um einen Prozentpunkt würde mehr als zwei Milliarden Euro kosten. Wer tatsächlich etwas bewegen möchte, müsste die Kosten um drei oder vier Prozentpunkte senken, was schnell sechs bis acht Milliarden Euro verschlingen würde.

Das Ziel angesichts der knappen Kassen muss lauten: Aufkommensneutralität. Die Lohnnebenkosten sollen also gesenkt werden, aber das entgangene Geld an anderer Stelle im gleichen Ausmaß wieder eingetrieben werden.

Ein Ansatzpunkt könnte die Erhöhung vermögensbezogener Steuern sein. Die Einnahmen des Staates aus solchen Abgaben belaufen sich hierzulande auf weniger als 0,5 Prozent der Wirtschaftsleistung. Im Gegensatz zu vielen anderen Industrieländern spielen Erbschaftssteuern und Steuern auf unbewegliches Vermögen in Österreich eine untergeordnete Rolle. In Dänemark etwa machen diese Abgaben 1,5 Prozent des BIP aus. Würde Österreich diesen Wert erreichen, könnten fünf Milliarden Euro zusätzlich eingenommen werden.

Ein weiterer Ansatzpunkt wären Klimabgaben. Österreich erhebt beispielsweise die Mineralölsteuer (MÖSt), die mengenbasiert ist, jedoch seit 2011 nicht mehr angehoben wurde. Der Staat nimmt derzeit 3,7 Milliarden Euro über die MÖSt ein. Eine nachträgliche Inflationsanpassung der Abgabe um 50 Prozent würde weitere 1,5 Milliarden Euro bringen. Beide Reformen zusammen könnten ausreichen, um den Faktor Arbeit zu entlasten.

Natürlich hätte dieses Modell auch seine Nachteile: Die Inflation würde zunächst steigen, wenn Benzin und Diesel teurer würden – jedoch auch die Nettoeinkommen, wenn es richtig umgesetzt wird. Das neue Abgabensystem wäre zudem nicht für die Ewigkeit: Die fortschreitende Elektrifizierung des Verkehrs führt dazu, dass die MÖSt-Einnahmen mit der Zeit sinken werden. Doch: Wenn alle auf Elektroautos umsteigen, ließe sich dies mit einer E-Auto-Abgabe ausgleichen. Der Staat kann da bekanntlich kreativ werden. Möglichkeiten, die Arbeit dauerhaft zu entlasten, finden sich jedenfalls.

IDEE #3

Mehr Wettbewerb wagen

GEWERBEORDNUNG

Die Welt von Elisabeth Pschaid besteht aus Tassen, Tellern und Vasen. Die Steinerner betreibt seit 2009 ein kleines Keramikatelier in Eggersdorf, unweit von Graz, und verkauft ihre Produkte dort. Im vergangenen Jahr erhielt sie eine Warnung von einem Kollegen: Die zuständige Innung der Wirtschaftskammer gehe mit dutzenden Anzeigen gegen Keramiker vor, die ohne Gewerbeberechtigung verkaufen, etwa auf Weihnachts- oder Ostermärkten.

Daraufhin beantragte Pschaid einen Gewerbeschein bei der Wirtschaftskammer und steckte acht Monate, bis April dieses Jahres, in einem Verfahren fest. Während dieser Zeit musste sie den Verkauf einstellen. Warum es so lange dauerte? Es war umstritten, ob sie genügend Praxiszeiten nachweisen kann, um den Schein zu erhalten.

Ob jemand als Keramiker arbeiten kann, entscheiden letztlich die Kundinnen und Kunden, möchte man meinen. Wenn ihnen die Produkte gefallen, kaufen sie welche, andernfalls bleiben die Tassen im Laden. Doch in Österreich ist dem nicht so: Die heimische Gewerbeordnung schreibt für dutzende Berufe hohe Zugangshürden vor, über die die Wirtschaftskammern wachen.

Bei vielen Tätigkeiten wird das kaum infrastrukturiert, weil es um Sicherheit geht – etwa bei Dachdeckern oder Elektrikern.

Doch in Österreich kann niemand einfach ein Blumengeschäft eröffnen. Dafür braucht es eine Lehre mit Meisterprüfung oder den Besuch einer höheren Schule. Wer einen Friseurladen aufmachen möchte, muss ebenso die Meisterprüfung ablegen oder mindestens sechs Jahre als Betriebsleiter oder selbstständig gearbeitet haben – mit Lehrabschluss genügen zwei Jahre Erfahrung. Wer ein Taxiunternehmen gründen will, muss – auch in Zeiten von Navis – bei der Taxiprüfung vor der zuständigen Innung seine Ortskenntnisse nachweisen und etwa in Wien das Hotel Sacher finden.

Ausbildung und Praxis

Wer Keramiken nicht nur bemalen, sondern auch selbst brennen und verkaufen will, muss eine Lehre mit Meisterprüfung absolvieren oder eine mehrjährige Ausbildung samt Praxiszeiten vorweisen können. In Wien setzte die Kammer einst einen Fremdenführer unter Druck, weil dieser ohne Gewerbeschein Gäste durch die Hauptstadt führte. Das rigide System schützt vor allem Platzhirsche vor der Konkurrenz. Die Wirtschaftskammer und die

Betriebe in den einzelnen Sparten kassieren oft gut für die Abhaltung von Meisterprüfungen und Vorbereitungskursen.

Doch geht es dabei längst nicht immer um Sicherheit: So müssen Keramiker unabhängig vom Gewerbeschein nachweisen, dass die von ihnen verwendeten Farben und Materialien für Menschen unbedenklich sind.

Es ginge auch anders: Das Gewerberecht müsste entrückelt werden. Wer Blumenläden, Friseursalons oder Ateliers eröffnen möchte, wer Taxifahrten oder Stadtführungen anbieten will, sollte dies ohne große bürokratische Hürden tun können – wie es bei freien Gewerben bereits der Fall ist. Die Neos haben im Wahlkampf gefordert, „die verstaubte Gewerbeordnung neu zu schreiben und ins 21. Jahrhundert zu überführen“. Auch von Grünen und SPÖ kamen wiederholt ähnliche Forderungen. Doch die Reformschritte blieben bisher klein und betrafen vor allem einzelne Branchen.

Entbürokratisierungsstaatssekretär Sepp Schellhorn (Neos) kündigte an, erste Reformmaßnahmen noch in diesem Jahr vorzulegen – eine umfassende Öffnung der Gewerbeordnung soll jedoch nicht dabei sein. Sabine Jungwirth, Chef der Grünen Wirtschaft, meint, es würde ausreichen,

jene Gewerbe zu reglementieren, in denen der „Schutz von Leib und Leben“ eine Rolle spielt. „Einen ungelernten Baumeister will niemand im Geschäft haben. Aber dass die Absolvierung einer fünfjährigen Modeschule nicht ausreicht, um als Damenkleidermacherin zu arbeiten, und die Menschen noch eine Meisterprüfung ablegen müssen, ist sachlich nicht begründbar“, so Jungwirth.

Der Markt schafft das

Die Vorteile einer Öffnung des Systems liegen auf der Hand: Die Zahl der jungen Unternehmer, die den Mut hätten, Neues auszuprobieren, würde sprunghaft steigen. Kunden profitierten von einer größeren Auswahl, vielleicht sogar niedrigeren Preisen. Die Platzhirsche wären gezwungen, sich intensiv mit ihrer Positionierung auszutauschen und ihre Strategien zu überdenken, um ihre Marktführerschaft zu behaupten. Kurzum: mehr Wettbewerb.

Natürlich würde auch die Zahl der Pleiten steigen, denn wo mehr Menschen Neues wagen, passieren schließlich auch mehr Fehler. Vermutlich würde die Zahl der verunglückten Haarschnitte zunehmen. Doch das ist kein Drama. Der Markt sollte das regeln können. (szi)

IDEE #4

Runter mit den Verwaltungslasten

Mindenfalls 25 Prozent. Bei kleinen Unternehmen gar 35 Prozent. Um diese Zielwerte will die EU-Kommission bis zum Jahr 2029 die Bürokratielasten reduzieren. Das sei ein „Schlüsselfaktor für Europas Wettbewerbsfähigkeit“, heißt es auf der Website der Kommission.

Immerhin: Sämtliche administrativen Kosten kamen für die europäische Wirtschaft im Jahr 2022 auf rund 150 Milliarden Euro. Eine Reduktion um ein Viertel würde also – gerechnet anhand sogenannter Bürokostenindizes – 37,5 Milliarden Euro bringen.

Bürokratie ist ein zweischneidiges Schwert. Sie sorgt etwa für Produktsicherheit, Umwelt- und Klimaschutz und Fairness in der Arbeitswelt. Aber: Vieles spricht auch dafür, dass Österreich und Europa deutlich weniger davon verkraften könnten.

In Österreich geben die Unternehmen laut Schätzung der Industriellenvereinigung (IV) von Ende 2024 rund 2,5 Prozent ihrer Umsatzerlöse für die Einhaltung bürokratischer Vorschriften aus. „Diese Mittel fehlen für Investitionen und Innovationen“, klagte damals IV-Präsident Georg Knill.

Auf europäischer Ebene indes ist schon einiges geschehen. Im Frühjahr präsentierte die EU-Kommission ein Maßnahmenpaket für jene Unternehmen, deren Beschäftigtenzahl 250 Personen überschreitet. Hintergrund: Ab dieser Anzahl kommt es bislang zu einem scharfen Anstieg der Auflagen. Künftig sollen diese mittleren Unter-

nehmen weniger strenge Aufzeichnungen über die von ihnen verursachten CO₂-Emissionen führen müssen. Auch die Archivierung von Dokumenten im Zusammenhang mit der Datenschutzgrundverordnung wird vereinfacht.

Wohin die Reise geht, zeigt der Draghi-Report vom Ende des Vorjahrs: Dieses hunderte Seiten dicke Reformpapier des vormaligen EZB-Chefs zählt wohl zu den bedeutsamsten EU-Dokumenten seit vielen Jahren. Mario Draghi fordert darin etwa einen „One-Stop-Shop“ für Unternehmen: Damit sie nicht mit Anliegen bei manchmal dutzenden Behörden vorsprechen müssen, soll eine zentrale Stelle für alle wichtigen Genehmigungs-, Melde- und Förderverfahren zuständig sein – und zwar nicht nur digital, sondern auch gebunden an festgelegte Fristen.

One-Stop-Shop Österreich

In Österreich würde dieses Vorhaben freilich dadurch erschwert, dass zu den nationalstaatlichen Regelungen oft noch neun unterschiedliche Ordnungen in den Bundesländern hinzukommen. Am Förderthema zeigt sich besonders gut – auch für Privatpersonen –, dass bisweilen Länder und Bund für das eigentlich Gleiche zuständig sind. Hier wäre ein One-Stop-Shop zumindest einmal für die nationale Ebene von Vorteil.

Vieles bleibt freilich offen in Sachen Bürokratieabbau. Umstritten ist etwa, wie man die EU-Schwellenwerte präzise misst und wie viel bereits erreicht wurde. Und auch dass der Abbau sich wirklich so positiv auswirken wird, wie viele annehmen, bleibt unter Ökonomen nicht unwidersprochen. (joge)

BÜROKRATIE

University of Applied Sciences Krems

**Next stop:
Studium**

**Wirtschaft | Gesundheit
Naturwissenschaften & Technik**

IMC Info Day
28.11.2025 | 14-18 Uhr

www.imc.ac.at

IMC. It's all in me.



Investieren, reformieren, gestalten

Österreichs Wirtschaft sollte ihr Potenzial ausschöpfen. Die Konjunkturschwäche Deutschlands darf keine Ausrede sein. Energiewende und technologische Innovation eröffnen Chancen. Um diese zu ergreifen, braucht es auch eine aktive Fachkräftepolitik.

GASTKOMMENTAR: Marcel Fratzscher

IDEE #5

Gezielte
Zuwanderung
von Fachkräften

Ö

sterreichs Wirtschaft steht heute an einem entscheidenden Punkt. Die vergangenen Jahre waren geprägt von globalen Krisen, geopolitischen Spannungen, Lieferkettenproblemen und Energiepreisschocks. Diese Entwicklungen haben Spuren hinterlassen, aber sie eröffnen zugleich die Möglichkeit eines Neuanfangs. Österreich verfügt über alle Voraussetzungen, um in den kommenden Jahren stark, innovativ und zukunftsfähig zu wachsen. Das Potenzial für eine wirtschaftliche Dynamik, die einen echten Aufschwung bringen kann, ist so groß wie seit Langem nicht. Entscheidend ist, dass Politik, Unternehmen und Gesellschaft die Chancen dieser Zeitenwende erkennen – und sie entschlossen gestalten.

Trotz der Unsicherheiten ist die österreichische Wirtschaft in ihrer Substanz robust. Die Arbeitslosenquote liegt auf vergleichsweise niedrigem Niveau, der private Konsum stabilisiert die Binnenwirtschaft, und viele Unternehmen – insbesondere in Industrie, Maschinenbau und Automobilzulieferung – verfügen über hochqualifizierte Fachkräfte und technologische Expertise. Diese Stärken sind ein solides Fundament. Dennoch zeigen aktuelle Wachstumsraten, dass die Wirtschaft ihr Potenzial nicht ausschöpft. Gerade die konjunkturelle Schwäche in Deutschland – Österreichs wichtigstem Handelspartner – wirkt dämpfend auf Exportchancen und Investitionsentscheidungen. Das ist jedoch kein Grund zur Resignation, sondern ein Ansporn, neue Impulse zu setzen und die eigene Wettbewerbsfähigkeit gezielt zu stärken.

Vorreiter in Europa

Langfristiges Wachstum entsteht nicht durch kurzfristige Konjunkturprogramme, sondern durch Investitionen in die Zukunft. Österreich verfügt über eine hervorragende Ausgangsbasis: eine gut ausgebauten Infrastruktur, innovative Unternehmen und ein Bildungssystem, das hohe Qualifikationen ermöglicht. Doch diese Grundlagen müssen weiterentwickelt werden. Öffentliche Investitionen in Verkehr, Energie, Digitalisierung und Klimainfrastruktur können als starke Multiplikatoren wirken. Sie erhöhen die Produktivität, fördern Innovation und schaffen hochwertige Arbeitsplätze. Jeder Euro, der heute klug investiert wird, steigert das Potenzial für künftiges Wachstum und gesellschaftlichen Wohlstand.

Besonders die Energiewende eröffnet große Chancen. Der Ausbau erneuerbarer Energien, die Modernisierung der Stromnetze und Investitionen in Energieeffizienz sind nicht nur ökologisch notwendig, sondern auch ökonomisch sinnvoll. Sie verringern Abhängigkeiten, senken langfristig Kosten und schaffen neue industrielle Wertschöpfungsketten. Österreich kann hier eine Vorreiterrolle in Europa übernehmen, wenn es gelingt, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit intelligent zu verbinden.

Technologische Innovationen sind der zweite große Hebel. Digitalisierung, Automatisierung und künstliche Intelligenz verändern Wertschöpfungsketten grundlegend. Sie bieten enorme Chancen, Prozesse effizienter zu gestalten, neue Geschäftsmodelle zu entwickeln und den Fachkräftemangel abzufedern. Viele österreichische Unternehmen sind bereits auf einem guten Weg – etwa im Maschinenbau, in der Medizintechnik oder in der Umwelttechnologie. Entscheidend wird sein, dass der Mittelstand konsequent unterstützt wird, diesen Wandel zu meistern. Dazu gehören gezielte Förderprogramme, ein besserer Zugang zu Kapital und eine innovationsfreundliche Regulierung.

Auch die Politik spielt eine Schlüsselrolle. Eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik muss drei Dinge leisten: erstens ein

modernes und investitionsfreudliches Steuersystem schaffen; zweitens bürokratische Hürden abbauen und Genehmigungsverfahren beschleunigen; und drittens durch eine kluge Ausgabenpolitik den Spielraum für Zukunftsinvestitionen erweitern. Steuerliche Entlastungen für Investitionen in Forschung, Entwicklung und Digitalisierung wären ein wirkungsvolles Signal. Ebenso wichtig sind Reformen im Sozial- und Transfersystem, die Arbeit und Innovation stärker belohnen und Fehlanreize reduzieren.

Stärkeres Zusammenspiel

Die Unternehmen selbst tragen dabei große Verantwortung. Strategische Investitionen in Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Weiterbildung sind entscheidend, um Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und neue Märkte zu erschließen. Österreichs Stärke liegt in seiner Innovationskraft, der hohen Qualität seiner Arbeitskräfte und der engen Kooperation zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Dieses Zusammenspiel muss noch stärker genutzt werden, um eine neue Phase dynamischen Wachstums einzuleiten.

Ein entscheidender Faktor ist der Arbeitsmarkt. Der demografische Wandel führt dazu, dass Fachkräfte zunehmend knapp werden. Österreich braucht daher eine aktive Fachkräftepolitik: mehr Aus- und Weiterbildung, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, gezielte Zuwanderung und eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Beschäftigten. Nur wenn es gelingt, das vorhandene Potenzial umfassend zu aktivieren, kann die Wirtschaft nachhaltig wachsen.

Gleichzeitig muss die Innovationspolitik stärker auf Zukunftsfelder ausgerichtet werden. Österreich hat in vielen Bereichen exzellente Forschung, aber der Transfer von Wissen in die Wirtschaft funktioniert oft noch zu langsam. Eine engere Verzahnung von Forschungseinrichtungen, Start-ups und etablierten Unternehmen kann diesen Prozess beschleunigen. Innovation entsteht dort, wo mutige Ideen auf gute Rahmenbedingungen treffen.

Österreich hat die Chance, gestärkt aus der aktuellen Stagnation hervorzugehen. Das Land kann zu einem europäischen Leuchtturm für Innovation, Nachhaltigkeit und wirtschaftliche Dynamik werden – wenn Politik und Unternehmen gemeinsam handeln. Der Schlüssel liegt in einem Dreiklang aus Investieren, Reformieren und Gestalten.

Investieren bedeutet, die Zukunft nicht dem Zufall zu überlassen, sondern aktiv in Infrastruktur, Bildung und Technologie zu investieren. Reformieren heißt, Strukturen zu modernisieren, Bürokratie abzubauen und Systeme effizienter zu machen. Gestalten schließlich verlangt, eine klare Vision für den Wirtschaftsstandort Österreich zu entwickeln und sie mit Mut und Entschlossenheit umzusetzen.

Das Prinzip Hoffnung allein wird nicht genügen. Es braucht konkrete Maßnahmen, damit Österreich sein Potenzial voll entfalten kann. Eine kluge Kombination aus Investitionen, Reformen und Innovationsförderung kann das Land – ebenso wie Deutschland – in eine Zukunft führen, in der Wachstum, Wohlstand und technologische Führungsposition Hand in Hand gehen. Die Zeit zu handeln ist jetzt. Österreich hat alle Voraussetzungen, diese Chance zu nutzen – und sollte sie nicht verstreichen lassen.



MARCEL FRATZSCHER ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und Professor für Makroökonomie und Finanzen an der Humboldt-Universität Berlin. IMAGO/GALUSCHKA

Besseres Business mit guten Ideen

Österreich hatte lange großen Nachholbedarf bei der Verwertung von Innovationen aus der Forschung. Das ändert sich gerade dank einiger vielversprechender Initiativen.

Andreas Danzer, Klaus Taschner



IDEE #6

Stärkere Vernetzung von Forschung und Gründern



MARALDA RAKOS; BIRGIT PROBST

Ewan Rothenwänder ist ein leidenschaftlicher Tüftler – und „basteln“ trifft es nur unzureichend. Der Salzburger hat ein orthopädisches Exoskelett entwickelt: einen Roboteranzug, der Bewegungen unterstützt. Solche Exoskelette erfordern maßgeschneiderte Komponenten, da es keine vorgefertigten Baukästen gibt.

Das Modell von Rothenwänder ist für den Unterkörper gedacht und soll Menschen bei den Folgen von Schlaganfällen oder Rückenmarksverletzungen in der Physiotherapie unterstützen. Der 21-Jährige, der schon während seiner Schulzeit an der HTL mit der Entwicklung begann, erklärt die Vorteile seines Exoskeletts: „Derzeit dauert es rund zehn Minuten, ein medizinisches Exoskelett anzulegen – bei uns geht es in einer Minute. Zudem stabilisiert das Exoskelett die Patienten ohne Unterstützung eines Therapeuten, was die Kapazitäten in Rehazentren entlastet.“

WU investiert in Start-ups

Das Projekt trägt den Namen Nexo und wird nun zusammen mit der WU-Wien-Absolventin Johanna Reinedahl in geschäftliche Bahnen gelenkt. Die Wirtschaftsuniversität ist nach der Gründung der Beteiligungsgesellschaft WU Ignite Ventures ebenfalls beteiligt: Eines der ersten Investments in Höhe von 50.000 Euro fließt in die Weiterentwicklung des Exoskeletts.

Bereits seit einigen Jahren bietet die WU Beratungsdienste für angehende Gründer an. Neu hingegen ist die Möglichkeit von Kapitalspritzen, die speziell Spin-offs – Ausgründungen aus dem akademischen Bereich – unterstützen sollen. Diese sind in Österreich im internationalen Vergleich noch relativ selten. Laut aktuellen Daten entstehen jährlich rund 100 Spin-offs aus der Wissenschaft, was etwa ein Viertel aller Start-up-Gründungen ausmacht. Start-ups wiederum sind junge Unternehmen, die auf innovativen Ideen basieren, aber nicht zwangsläufig aus der Forschung kommen müssen.

Gründe für den Rückstand

In den vergangenen Jahren hat sich die Szene in Österreich jedoch spürbar entwickelt. Die Gründe, warum das Land in diesem Bereich lange hinterherhinkte, sind vielfältig, und viele Fachleute sind sich einig, dass insbesondere die universitäre Ausbildung eine Rolle spielte. Denn der unternehmerische Aspekt der Forschung wurde lange Zeit kaum thematisiert, sodass Absolventinnen und Absolventen nicht mit der Möglichkeit einer Start-up-Gründung in Berührung kamen.

Das bestätigt auch Lisa Spöck, die Geschäftsführerin von Startup.Tirol und Teammitglied von Spin-off Austria. Ihre Initiative bringt Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zusammen, um Unternehmertum als gleichwertige Säule neben Forschung und Lehre im akademischen Österreich zu etablieren. „In der Forschung zu bleiben, ist eine tol-

le Option“, sagt Spöck. „Aber das Bewusstsein für andere Karrierewege ist einfach zu wenig ausgeprägt. Selbstständigkeit ist weder an den Unis noch an den Schulen ein großes Thema.“

Fehlende Kultur des Scheiterns

Ein weiteres Hemmnis seien die geringere Risikofreudigkeit in Österreich sowie der sehr konservative Umgang mit dem Thema Scheitern. „Die Gelder, die in Österreich in die Forschung fließen, erzielen gute Ergebnisse“, meint Spöck. „Aber dass aus diesen Ergebnissen ein Geschäftsmodell wird und die Euros zurück in die Wirtschaft fließen, da hapert es.“ Österreich hinkt daher auch beim verfügbaren Risikokapital nach, und das noch deutlicher als Europa im Vergleich zu den USA.

In den USA steht etwa dreimal so viel Geld für Start-ups zur Verfügung wie in der EU, während Europa – im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt – immer noch dreimal mehr Risikokapital als Österreich hat. Das hat zwar ein gut funktionierendes Fördermodell in der Frühphase etabliert; doch das nötige Wachstumskapital kommt fast ausschließlich von internationalen Geldgebern – wenn es denn kommt.

Dennoch werden auch in Österreich zunehmend innovative Wege beschritten, um diese Probleme bei den Spin-offs und Start-ups zu überwinden. Eines der besten Beispiele liefert Science Park Xista (sprich: Ex-Ista) in unmittelbarer Nachbarschaft des Institute of Science and Technology Austria (Ista). Die 2009 in Klosterneuburg eröffnete Spitzenforschungseinrichtung hat sich das renommierte Weizmann-Institut in Israel zum Vorbild genommen, aus dem bisher mehr als 120 Start-ups hervorgegangen sind und das mit Patenten und Lizzen beachtliche Einnahmen lukriert.

Wie das Weizmann-Institut verfügt auch das Ista über ein eigenes Gründerzentrum: das 2019 eröffnete Xista. Es ist direkt mit dem Forschungsinstitut über eine Brücke verbunden und setzt neue Maßstäbe, auch über die Grenzen Österreichs hinaus. Das liegt auch an der innovativen Struktur des Science Parks, der aus drei gut verschränkten Einheiten besteht, wie Managing Partner Markus Wanko erklärt: Eine kümmert sich um die Kommerzialisierung der Ideen, eine bietet Räumlichkeiten für die Start-ups und eine dritte Einheit ist für die Finanzierung zuständig. Der erste Xista-Venturefonds war bereits mit 45 Millionen Euro gut dotiert.

Gute Ideen gegen Depression

Mit diesem Geld wurden bisher 21 Start-ups unterstützt, darunter vier Spin-offs des Ista. Eines davon ist Syntropic, das aus den Forschungen der Neurowissenschaftlerin Sandra Siegert und ihres Kollegen Alessandro Venturino hervorging. Sie zeigten, dass Lichtimpulse mit bestimmter Frequenz Hirnzellen stimulieren und neuronale Veränderungen im Gehirn bewirken können – Veränderungen, die psychische Erkrankungen wie Depressionen lindern könnten.

Vor zwei Jahren gründeten Siegert, Venturino, Geschäftsführer Mark Caffrey und Jack O'Keeffe das Unternehmen Syntropic. Sie entwickelten ein Gerät, das einer Taucherbrille ähnelt, in die LEDs eingebaut sind. Das Basisinvestment kam von Xista und der nationalen Förderbank AWS, ergänzt durch 1,1 Millionen Euro von der Forschungsförderungsgeellschaft FFG. Im Juni startete eine klinische Studie in Brasilien, um die Wirksamkeit der Brille bei der Behandlung von Depressionen zu testen.

Solche und andere Entwicklungen der österreichischen Spin-off-Szene sind durchaus vielversprechend. Lisa Spöck attestiert der hiesigen Forschung ein riesiges Potenzial; vor allem in den Bereichen Life Sciences, Quantencomputing und KI-Coding sieht sie eine große Zukunft. Österreich hat keinen Mangel an Ideen, sondern eher an der Umsetzung, und das fehlende Risikokapital lässt sich nicht von heute auf morgen beschaffen. Doch es gibt innovative Ansätze, um das zu ändern – und auch erste Beispiele, die zeigen, wie es möglich ist.

Liebe Österreicherinnen und Österreicher!

Unser Land ist einzigartig und vielfältig zugleich. Vom Bodensee bis zum Neusiedlersee, von den Gipfeln der Alpen bis zu den Straßen Wiens. Geprägt von Tradition und Innovation, von Herzlichkeit und Gastfreundschaft.

Seit 1929 ist Coca-Cola Teil von Österreich – hier füllen wir im burgenländischen Edelstal eine breite Auswahl an unterschiedlichen Getränken ab. Rund vier von fünf Getränken, die wir in Österreich verkaufen, laufen direkt an diesem Produktionsstandort vom Band.



Unsere rund 900 Mitarbeiter:innen legen dabei Wert auf höchste Qualität und Nachhaltigkeit. Waren und Dienstleistungen beziehen wir zu einem großen Teil aus Österreich.

Wir sind stolz, dass wir Ihnen gemeinsam mit unseren Partner:innen unsere Getränke in den Geschäften, Restaurants und Hotels täglich anbieten dürfen. Und wir sind dankbar, dass Sie Coca-Cola in Ihre großen und kleinen Momente integrieren – zu Hause, an der Bar, im Lieblingslokal, beim Feiern oder einfach in einer Pause zwischendurch.

Coca-Cola ist mehr als ein Getränk. Es ist ein Gefühl, das verbindet – erfrischend, prickelnd, unverwechselbar im Geschmack. Coca-Cola ist in Österreich aber auch Teil vieler gesellschaftlicher Initiativen und langjähriger Partnerschaften, z.B. mit Special Olympics Österreich, die das Miteinander in unserem täglichen Zusammenleben ein Stück weit positiver gestalten.

Zum österreichischen Nationalfeiertag wollen wir Ihnen und all unseren Partner:innen, vor allem in Lebensmittelhandel, Gastronomie und Hotellerie daher ein großes Dankeschön sagen:

Für Ihr Vertrauen in unsere Getränke und Ihre Treue. Für die vielen gemeinsamen Augenblicke, die wir schon teilen durften und für all das, was wir noch gemeinsam erleben werden.

Wir stoßen mit Ihnen an – auf Österreich, auf Vielfalt und Gastfreundschaft und auf eine erfolgreiche Zukunft.

Ihr Coca-Cola Österreich



Hier finden Sie noch mehr Informationen zu Coca-Cola in Österreich:



MITEINANDER seit 1929
Coca-Cola ÖSTERREICH

Hat Österreich bei KI irgendeine Chance?

Während die KI-Giganten aus den USA und China um die Zukunft ringen, sucht Österreich seinen Platz.

Zwei Pioniere glauben, ihn gefunden zu haben – und könnten damit Europas Rolle im Rennen um die klügste Maschine verändern.

Martin Stepanek, Reinhard Kleindl



In Österreich, allen voran Wien, stehen bereits einige Supercomputer. Mit der geplanten AI Factory kommt ein neuer hinzu.

UNI WIEN/JOSEPH KRPALAN

Künstliche Intelligenz hat viele Gesichter. Sie verbessert Wetterprognosen, stabilisiert Stromnetze und hilft Forschenden, in riesigen Datenmengen jene Spur zu entdecken, die zum Heureka-Moment führt. Das derzeit bekannteste Gesicht der KI heißt ChatGPT. Die Plattform – und ihre Konkurrenten Google Gemini, Microsoft Copilot, Claude, Perplexity oder der chinesische Herausforderer Deepseek – liefern Antworten auf nahezu jede Frage. Sie schreibt Texte, programmiert Software und löst hochkomplexe mathematische Aufgaben.

Doch das ist erst der Anfang. Der britische KI-Pionier und Chemienobelpreisträger Demis Hassabis spricht von einer Revolution, die „zehnmal größer und zehnmal schneller“ die Welt verändern werde als die industrielle Revolution im 18. und 19. Jahrhundert. Nicht in einem Jahrhundert, sondern in einem Jahrzehnt sollen sich die Umwälzungen vollziehen, schätzt Hassabis, der Googles KI-Zweig Deepmind leitet. Mit dieser Einschätzung steht er nicht alleine da. Auch an den globalen Finanzmärkten ist der Glaube an das gigantische Potenzial der Technologie ungebrochen.

Sollte Hassabis' Prognose nur annähernd zutreffen, dürfte es für Europa – und erst recht für Öster-

reich – bald ungemütlich werden. Denn das KI-Rennen ist, so scheint es, längst entschieden. Die führenden Plattformen stammen allesamt aus den USA. Dort werden nicht Milliarden, sondern Billionen investiert. Und auch China prescht voran – wie der ChatGPT-Konkurrent Deepseek eindrucksvoll zeigt.

„KI-Fabriken“ in EU

Die EU hat die Gefahr erkannt, erneut in völlige Abhängigkeit von den USA – und zunehmend auch von China – zu geraten. Sie will deshalb 200 Milliarden Euro in den Aufbau einer europäischen KI-Infrastruktur investieren. Allein 20 Milliarden sollen in fünf geplante Superrechenzentren fließen, die sogenannten „AI Gigafactories“.

Auch Wien plant, sich um einen Standort zu bewerben. Neben der milliardenschweren EU-Förderung rechnet die Stadt mit weiteren fünf Milliarden Euro Investitionsbedarf, wovon 65 Prozent die Privatwirtschaft tragen soll. Den Rest übernimmt der Bund, der die Bewerbung offiziell unterstützt. Ob Wien den Zuschlag erhält – und ob der ressourcenintensive Betrieb über-

haupt zu stemmen ist –, bleibt offen.

Fest steht immerhin: Eines der 13 kleineren EU-weit geplanten KI-Zentren wird in Österreich entstehen. Das mit 80 Millionen Euro dotierte Projekt unter Leitung des Austrian Institute of Technology (AIT) und von Advanced Computing Austria (ACA) sieht den Aufbau eines neuen Supercomputers an der TU Wien vor. Die Hälfte der Mittel kommt aus Brüssel. Die sogenannte AI Factory, an der die ACA auch alle großen Universitäten des Landes beteiligt sind, soll nicht nur Rechenleistung liefern, sondern auch als Ausbildung- und Vernetzungshub fungieren.

Neben Forschungseinrichtungen sollen künftig auch Unternehmen einfachen Zugang zu KI-Anwendungen und bestehender Expertise erhalten – um Österreichs Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Doch was bleibt für Europa – und ein Land wie Österreich –, wenn die Führungsrolle längst vergeben scheint? Sollen wir Partnerschaften mit US-Konzernen eingehen oder das Wagnis eigener Entwicklungen suchen, im Sinne technologischer

Souveränität? Für den KI-Pionier Sepp Hochreiter, der in den 1990er-Jahren mit seiner Forschung den Grundstein für Sprachmodelle wie ChatGPT legte und heute das Institut für Machine Learning an der JKU Linz sowie einen vom Wissenschaftsfonds FWF geförderten Exzellenzcluster leitet, ist die Antwort klar: „Europa hat genau jetzt eine riesige Chance, die nächste Phase der KI-Entwicklung anzuführen“, sagt er im STANDARD-Interview.

Die KI schrumpft

Zwar sei der Zug bei den großen Sprachmodellen tatsächlich abgefahren, räumt Hochreiter ein. Diese seien jedoch extrem ressourcen- und energieintensiv. Zudem hätten sie bereits sämtliche im Internet verfügbaren Daten zu Trainingszwecken verschlungen – große Fortschritte seien daher kaum mehr zu erwarten. Auch das Geschäftsmodell sei unklar, bestätigt der Wiener KI-Forscher Mario Krenn. Denn die Gratisversionen der gängigen Modelle reichten für viele Anwendungen völlig aus. Selbst bisher ungelöste mathematische Probleme ließen sich damit lösen.

In der nächsten Phase der KI-Entwicklung geht es ohnehin darum, die gigantischen Modelle wieder zu verkleinern – und sie direkt auf Endgeräte oder Maschinen zu bringen, etwa in der industriellen Pro-

duktion, sagt Krenn. Hochreiter zieht den Vergleich zur Computer-technik: Was einst ganze Lagerräume füllte, steckt heute in jedem Smartphone. Mit seinem Linzer Unternehmen Nxai will er genau das umsetzen. Das von Hochreiter und seinem Team entwickelte Modell kann auf Grundlage von Datenzeitreihen präzise Vorhersagen treffen – ohne zentrale Cloud, direkt auf der eingesetzten Maschine.

„Jeder Sensor misst Daten über einen Zeitraum – seien es Wetterdaten, Börsenkurse, Verkehrsdaten, Pegelstände von Flüssen oder medizinische Messwerte wie Blutdruck oder EKG“, erklärt Hochreiter. Kennt das Modell einige vergangene Datenpunkte, kann es daraus Prognosen über den weiteren Verlauf ableiten – und damit entscheidende Fragen beantworten: „Wann muss ich die Ernte einholen? Wie leite ich den Verkehr um, um Staus zu vermeiden? Wie hoch muss der mobile Hochwasserschutz gegen die erwartete Flut sein?“

Gerade diese Prognosefähigkeit macht die Technologie für die Industrie so interessant. Produktionsprozesse lassen sich effizienter gestalten, Wartungszyklen optimieren, Ausfälle durch Verschleiß vermeiden. „Unser Vorteil in Europa ist, dass wir in der Produktion und im Anlagenbau so stark sind – und über enorme Mengen an Maschi-

IDEE #7

Digitale Souveränität gegen Abhängigkeit von US-Technologien

nendaten verfügen“, sagt Hochreiter. Mit der Linzer KI-Lösung sei man international führend – noch. Denn auch Google, Amazon und Nvidia haben diese Nische längst entdeckt. Die größere Gefahr drohe jedoch aus China: „Die Chinesen sind im Engineering und im Anlagenbau mittlerweile sehr gut – und sie wissen, wie sie KI einsetzen können.“

Medizinischer Chatbot

Einer, der lange vor ChatGPT einen KI-gestützten Chatbot entwickelte, heißt Jama Nateqi. Gemeinsam mit Mitgründer Thomas Lutz brachte er in Österreich bereits 2006 eine Software auf den Markt, die anhand eingegebener Symptome mögliche Erkrankungen erkennt. Was damals als Suchmaschine für Ärztinnen und Ärzte gedacht war, ist heute ein frei und anonym zugänglicher Chatassistent namens Symptoma mit rund zehn Millionen Nutzerinnen und Nutzern sowie 30 Millionen Suchanfragen im Monat. „Jeder Patient verdient die richtige Diagnose und Behandlung. Diese Vision hat sich in all den Jahren nicht geändert“, sagt Nateqi zum STANDARD.

Doch der Chatbot ist nur das Gesicht eines laut Nateqi profitablen Unternehmens, das im Vorjahr 1,5 Millionen Euro Gewinn nach Steuern erzielte. Das zugrunde liegende KI-System wird mittlerweile auch in Krankenhäusern eingesetzt, um klinische Abläufe zu automatisieren. Im Bezirkskrankenhaus St. Johann in Tirol ist die Software seit April in der Ambulanz für administrative Aufgaben im Einsatz. Künftig werden Patientinnen und Patienten ihre Beschwerden schon im Wartebereich über ein Tablet eingeben. Die Angaben werden von der KI vorstrukturiert, mit Ärztinnen und Ärzten besprochen und anschließend für den automatisch erstellten Arztbrief dokumentiert – Befund und Behandlung inklusive.

Das System von Symptoma basiert auf einer dezentralen KI: Die sensiblen Gesundheitsdaten verlassen die Computersysteme des Krankenhauses nicht. Für den gebürtigen Hannoveraner, der 2004 zum Medizinstudium nach Salzburg kam, ist Datenschutz ein Menschenrecht. „Gesundheitsdaten sind so sensibel und persönlich, dass sie die Souveränität des Menschen unmittelbar betreffen. Wenn solche Daten einmal publik werden, kann man das nie wieder zurücknehmen“, sagt Nateqi.

Er warnt davor, Gesundheitsdaten auf europäischer Ebene zu zentralisieren oder gar an KI-basierte Cloudlösungen von US-Konzernen auszulagern. „Europa wäre gut beraten, Werte wie Souveränität, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte als europäische Werte hochzuhalten.“

Gibt es genug Personal?

Dass Europas technologische Unabhängigkeit nur über eigene KI-Infrastruktur und -Anwendungen gelingen kann, liegt auf der Hand. Doch steht dafür überhaupt genug Personal bereit? Bei dieser Frage muss KI-Pionier Sepp Hochreiter, der an der JKU Linz lehrt, lachen. „Das KI-Studium ist nach dem Jus-Fernstudium das größte Studium in Linz, im Herbst haben 450 Studierende neu angefangen. Bei Vorlesungen sind teils 900 Leute zugegen“, sagt Hochreiter. Das Problem: Viele dieser hervorragend ausgebildeten Fachkräfte finden hierzulande keine adäquate Beschäftigung –



KI-Pionier Sepp Hochreiter (links) und Symptoma-Gründer Jama Nateqi (rechts) wollen, dass in Europa KI-Kompetenz aufgebaut wird.



FLORIAN VOGGENEDER, NIKO ZUPARIC

und werden am Ende von Google, Meta oder chinesischen Konzernen abgeworben.

Hochreiter appelliert an heimische Unternehmen, offener gegenüber diesen in- und ausländischen Talenten zu sein, die in den Betrieben dringend benötigte KI-Kompe-

tenz aufbauen könnten. Neben mehr Risikokapital für Start-ups fordert er von der Politik, das Thema mit größerem Nachdruck voranzutreiben. Länder wie Deutschland, Tschechien, Dänemark oder Finnland seien deutlich weiter – etwa durch gezielte KI-Exzellenzzentren.

Sein eigenes Unternehmen werde sich daher stärker nach Deutschland orientieren, vor allem nach Bayern und Brandenburg. Der Hauptsitz solle jedoch in Linz bleiben.

Dass Geldmangel nicht zwangsläufig ein Hindernis für bahnbrechende Entwicklungen ist, zeigt

ausgerechnet China. Der dortige ChatGPT-Konkurrent Deepseek soll dank effizienterer Programmierung nur 300.000 Euro gekostet haben, bestätigt der Wiener KI-Forscher Krenn. Schwerer wiegt in Europa ein anderes Defizit: die schwach ausgeprägte Gründermentalität – und das Fehlen sichtbarer Vorbilder, wie Symptoma-Gründer Jama Nateqi anmerkt.

„Wenn ich im Studium neben Mark Zuckerberg gesessen bin, denke ich mir: Der ist schlau, aber so schlau auch wieder nicht. Das hab ich auch auf dem Kasten“, sagt Nateqi. Genau dieses Selbstbewusstsein fehle in Österreich und Europa – auch um Investorinnen und Investoren zu überzeugen. „In Wahrheit kann es jeder und jede schaffen“, ist Nateqi überzeugt. Wie das funktionieren kann, hat er – und Pioniere wie Sepp Hochreiter – längst gezeigt.



Weniger Zucker #wecanworkitout

**Weniger süß,
mehr Genuss.**





ERDBEER Joghurt



Bio-Haferbrei Frische



APFEL Saft

Die Zukunft braucht Ideen

**IDEEN
#8–30**

Bildungssystem

„Gründergeist und Umgang mit Komplexität lehren“

Kinder lernen häufig über unsere Vergangenheit, nicht für ihre Zukunft. Die KI verleiht uns, Verantwortung an Algorithmen abzutreten und Autonomie gegen Bequemlichkeit einzutauschen. Bildung kann uns helfen, mehr zu werden als die Summe isolierter, automatisierbarer Tätigkeiten. Der Aufstieg der Künstlichen Intelligenz sollte den Blick schärfen für die Fähigkeiten, die sich nicht in Code übersetzen lassen – wie Gründergeist, ethisches und empathisches Handeln und Umgang mit Komplexität. Das sind nicht nur schöne Worte – sie sind das Wesen zukünftiger Bildung, und sie gehören zu den Grundpfeilern, auf denen Österreichs Gesellschaft aufbaut. Wenn Bildung diese menschlichen Fähigkeiten nicht entschlossen entwickelt, wird die Künstliche Intelligenz die Grundfesten unserer Gesellschaften hinwegspülen.



ANDREAS SCHLEICHER ist Bildungsdirektor der OECD. Der deutsche Statistiker und Bildungsforscher konzipierte die Pisa-Studie, die er seit 2002 verantwortet.

FOTO: IMAGO

Senioritätsdividende

„Die Beschäftigungsquote bei Älteren steigern“

Ein zukunftsfittes, umlagenfinanziertes Alterssicherungssystem braucht eine hohe Beschäftigungsquote über alle Altersgruppen der Versicherten hinweg und eine hohe Älterenbeschäftigungssquote über alle Unternehmen. Durch die Verbindung einer „Senioritätsdividende“ für Beschäftigte mit einer „Erfahrungsquote“ für Unternehmen könnte dies mittelfristig erreicht werden: Die Senioritätsdividende bedeutet für ältere Beschäftigte eine höhere jährliche Gutschrift am Pensionskonto. Unternehmen mit überdurchschnittlich vielen älteren Beschäftigten, also mit hoher „Erfahrungsquote“, werden durch eine Umlage finanziell unterstützt, die von altersarmen Unternehmen getragen wird. Altersfreundliche Personalpolitik wird so wirtschaftlich attraktiver, das Potenzial Älterer besser genutzt und die Beschäftigungsquote erhöht.



CHRISTINE MAYRHUBER ist stellvertretende Chefin des Wiener Wirtschaftsfororschungsinstituts und Vorsitzende der Alterssicherungskommission im Sozialministerium. FOTO: CORN

Wie lässt sich Österreichs Wettbewerbsfähigkeit neu denken? 23 führende Köpfe skizzieren Wege in eine widerstandsfähige Wirtschaft – von digitaler Souveränität und verantwortungsvoller KI bis zu Mutkultur, Forschungsoffensive und fairer Teilhabe.

EINGEHOLT VON: Andreas Danzer, Sebastian Fellner, Joseph Gepp, Alexander Hahn, Karin Krichmayr, Nora Laufer, Peter Mayr, Benedikt Narodoslawsky, Lisa Nimmervoll, Bettina Pfluger, András Szigetvari

Digitale Kompetenzen

„Eine vertrauenswürdige KI-Infrastruktur aufbauen“

Österreich sollte mit einem nationalen Programm „KI für Österreich“ gezielt Künstliche Intelligenz in Verwaltung, Bildung und Gesundheit einsetzen. KI-Assistenten steigern Effizienz und Servicequalität, KI-Tutoren fördern individuelles Lernen und digitale Kompetenzen, KI-Systeme verbessern Diagnosen, Prävention und Pflege. Aufbauend auf internationalen Benchmarks braucht es dazu langfristige Projekte und Investitionen von mehreren Hundert Millionen Euro über fünf bis zehn Jahre, um eine vertrauenswürdige, sichere und nachhaltige KI-Infrastruktur zu schaffen. Studien zeigen einen möglichen Return on Investment vom Drei- bis Vierfachen durch Effizienzgewinne, Kostensenkungen und Produktivitätssteigerungen. Ein solches Programm stärkt Industrie, Wettbewerbsfähigkeit und Österreichs Rolle als Vorreiter bei verantwortungsvoller, menschenzentrierter KI.



ANDREAS KUGL ist wissenschaftlicher Leiter des Austrian Institute of Technology und Professor für Komplexe Dynamische Systeme an der Technischen Universität Wien. FOTO: RIGAUD

Ausbau Erneuerbarer

„Dekarbonisierung ist eine industrielpolitische Chance“

Für den Aufschwung Österreichs brauchen wir positive Zukunftsbilder, die Leidenschaft, Innovationskraft und Mut bündeln. Systemische Effizienz ersetzt den Zwang zu immer höherem Input, vermeidet Folgekosten, reduziert Abhängigkeiten und stärkt die Resilienz. Konkret bedeutet das: Ausbau erneuerbarer Energien und Speicher, Förderung gesunder Ernährungsweisen, thermische Gebäudesanierung, Kreislaufwirtschaft sowie Elektrifizierung von Mobilität und Wärme. Dekarbonisierung ist dabei kein Kostenfaktor, sondern eine industrielpolitische Chance: Investitionen in Innovation und resiliente Infrastrukturen erschließen neue Leitmärkte und sichern die Wettbewerbsfähigkeit innerhalb planetarer Grenzen. Ebenso entscheidend wie neue Ideen ist das Loslassen alter Muster, beispielsweise die ungenutzte Abwärme von Industrie und Rechenzentren, der weitere Straßenbau, die ackerflächenbasierte Fleischproduktion und der übermäßige Einsatz synthetischer Düngemittel.



SIGRID STAGL ist Klimaökonomin an der Wirtschaftsuniversität Wien. Sie wurde heuer zur Wissenschaftlerin des Jahres gewählt.

FOTO: APA/FOHRINGER

Sicherheitspolitik

„Österreich sollte endlich der Nato beitreten“

Österreich sollte endlich der Nato beitreten. Das würde Österreichs Stellung als zentraler Akteur in allen Bereichen der europäischen Politik festigen und dem Land mehr Gewicht in Debatten über europäische Sicherheit, Verteidigung und Wirtschaft verleihen. Diese drei Themen sind vor allem seit dem russischen Einmarsch in der Ukraine zunehmend miteinander verflochten. Ein neues, selbstbewusstes Österreich sollte in der Lage sein, eine umfassendere Rolle bei der Gewährleistung der europäischen Sicherheit zu spielen und seine neutrale Vergangenheit hinter sich zu lassen. Aus dieser erweiterten Rolle sollte ein neues nationales Selbstbewusstsein entstehen, das auch das wirtschaftliche Selbstvertrauen stärken dürfte.



RICHARD COCKETT ist Journalist beim „Economist“, Historiker und Autor des Buches „Wien. Stadt und Ideen“, das 2024 mit dem Bruno-Kreisky-Preis ausgezeichnet wurde. F. E. LECHNER

Arbeitslosigkeit

„Eine KI-basierte aktive Arbeitsmarktpolitik“

Humankapital ist knapp in Österreich, der bald noch zunehmende Arbeitskräftemangel eine starke Wachstumsbremse. Beschäftigte und Arbeitslose müssen darum möglichst in die produktivste berufliche Position kommen, die sie mit ihren Talenten und Erfahrungen erreichen können. Die Politik sollte produktivitätssteigernde Arbeitgeberwechsel und Weiterbildungen anregen, indem das AMS die Menschen im Erwerbsalter regelmäßig aktiv mit unabhängigen personalisierten Informationen versorgt, welche Chancen und Risiken am Arbeitsmarkt für sie bestehen. Dafür braucht es einen verantwortungsvollen Einsatz künstlicher Intelligenz, der mit den Datenschätzten der öffentlichen Verwaltung trainiert wird. Entgegenstehende Hürden, etwa beim Datenschutz, und Vorbehalte der Unternehmen sollten rasch angegangen werden.



HOLGER BONIN ist Ökonom, war Universitätsprofessor in Deutschland und ist seit 2023 wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Höhere Studien in Wien.
Foto: APA/HOCHMUTH

Arbeitswelt

„Passende Arbeitszeiten für Mitarbeiter ab 60 Jahren“

Ich würde den arbeitenden Menschen höchste Wertschätzung entgegenbringen. Arbeit in Österreich muss sich wieder lohnen, zumal Arbeiten ja auch nicht die dunkle Seite des Lebens ist. Es bedeutet Lebensinhalt, Eingebettetsein in ein soziales Umfeld, beschert Erfolgserlebnisse. Man darf das Thema nicht nur auf das Lebenseinkommen und steuerliche Aspekte reduzieren.

Wir müssen die Jungen gut entwickeln und die erfahrenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch Gesundheitsvorsorge und laufende Qualifizierungsmaßnahmen gut begleiten. Wer 60 plus ist, verdient Flexibilität und passende Arbeitszeiten. Das muss ich als Unternehmen schaffen – und dafür muss die Politik die passenden Rahmenbedingungen bereitstellen.



FRANZ GASSELSBERGER ist seit 2005 Vorstandschef der Oberbank AG in Linz. Bereits im Jahr 1983 begann er bei der Bank, damals Filiale Wels, zu arbeiten. Foto: IMAGO/RUDOLF GIGLER

Lohnnebenkosten

„Die Abgabenlast auf den Faktor Arbeit senken“

Seit Jahrzehnten weisen Berichte von Wifo, OECD und IWF darauf hin: In Österreich ist die Abgabenlast auf den Faktor Arbeit zu hoch. Anders als die meisten anderen Länder finanziert Österreich zum Beispiel staatliche Leistungen für Familien, die Wohnbauförderung oder Gemeindeaufgaben durch Beiträge, die sich an der Lohnsumme bemessen. Dies belastet einseitig Arbeit, mindert die Progressivität des Abgabensystems, reduziert Arbeitsanreize und beschädigt die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Alles Wachstumskiller. Im Koalitionsvertrag ist daher die Senkung der Lohnnebenkosten vereinbart. Die Hebung von Effizienzpotenzialen, etwa in der Arbeitslosenversicherung, würde helfen. Spürbare Effekte erfordern aber eine Gegenfinanzierung. Ein Weg wäre, temporär die kalte Progression wieder laufen zu lassen.



GABRIEL FELBERMAYR ist Direktor des Wifo in Wien. Zuvor war der oberösterreichische Wirtschaftswissenschaftler Chef des ifo-Instituts im deutschen Kiel.
Foto: APA/FÖHRINGER

Mobilisierung von Kapital

„Schaffung eines Standort-Fonds für Innovationen“

Wenn Österreich zukunftsfit werden will, braucht es strukturelle Entlastung und gezielte Investitionsimpulse. Eine spürbare Senkung der Lohnnebenkosten, klare Anreize für Investitionen in Digitalisierung, Energiewende und Forschung sowie eine konsequente Bekämpfung des Steuerbetrugs sind zentrale Hebel. Positiv sind die Entscheidung zur Schaffung eines Standort-Fonds und das für den Herbst angekündigte Maßnahmenpaket, das Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit stärken soll. Mit der geplanten Mobilisierung privaten Kapitals wird ein wichtiges Signal gesetzt, um Innovation zu fördern, internationale Investorinnen und Investoren anzuziehen und das Budget zu entlasten. Wenn es gelingt, Verfahren zu vereinfachen und Planungssicherheit zu schaffen, kann Österreich wieder an Stärke und Zuversicht gewinnen.



RUDOLF KRICKL ist Steuerexperte und Leiter der Wirtschaftsprüfgesellschaft Pricewaterhouse Coopers Österreich, wo er seit mehr als 25 Jahren tätig ist. Foto: STUDENY/PWC ÖSTERREICH

Geschlechtergerechtigkeit

„40 Prozent der Aufsichtsräte mit Frauen besetzen“

Das Gruppenbild von Managern bis zur Jahrtausendwende war meist sehr homogen – da standen ausschließlich Männer in dunklen Anzügen. Seit den Nullerjahren mischt bei den meisten Bildern zumindest eine Frau mit. Dann sind alle zufrieden. „Wir haben eh eine Frau – was wollt ihr noch?“

Beim Elternabend oder am Spielplatz war es dagegen umgekehrt. Im letzten Jahrtausend oft noch reine Frauentreffen, trifft man auch dort jetzt öfter mal auf einen Vater.

In Österreich sind nur 26 der 189 Vorstandsposten in börsennotierten Unternehmen mit Frauen besetzt. Bei der Väterkarenz bildet Österreich innerhalb der EU das Schlusslicht – mit nur 16 Prozent.

Um Österreich wirklich zukunftsfit zu machen, brauchen wir das volle Potenzial aller Frauen und Männer. Geschlechtergerechtigkeit sollte überall gelebt werden – egal ob es um den Vorstandsposten oder um die Hausarbeit und die Kinderbetreuung geht.

Wir wissen schon längst, dass diverse Teams erfolgreicher und widerstandsfähiger sind. Diversität bietet somit auch enorme Wachstumspotenziale.

Eine große Chance für Österreich liegt in der ambitionierten Umsetzung der EU-Richtlinie „Women on Boards“. Sie sieht vor, zumindest 40 Prozent der Aufsichtsräte und 33 Prozent der Vorstandspositionen mit Frauen zu besetzen. So kann Diversität zum Aufschwung beitragen.



DORIS SCHMIDAUER ist als selbstständige Unternehmensberaterin tätig. Die Politikwissenschaftlerin ist verheiratet mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen. Foto: MANHARTSBERGER

Drehkreuz für Luftfahrt

„Langstrecke entscheidend für globalen Wettbewerb“

Wien als internationales Luftfahrt-Drehkreuz ist ein Herzstück und Wachstumsmotor der österreichischen Wirtschaft und muss erhalten bleiben. Dafür braucht es Geschlossenheit und Mut: Austrian Airlines, Politik und der Flughafen sollten gemeinsam handeln und den Standort aktiv stärken. Besonders die Langstrecke entscheidet über unsere Zukunft im globalen Wettbewerb. Ein klares Bekenntnis zu fairen Rahmenbedingungen und wettbewerbsfähigen Standortkosten wäre ein starkes Signal. Es geht um mehr als nur den Flugbetrieb, es geht um Österreichs Verbindung zur Welt.



ANNETTE MANN ist seit 2022 Vorstandsvorsitzende der Austrian Airlines. Zuvor war die gebürtige Deutsche bei der deutschen Konzernmutter Lufthansa tätig.
Foto: APA/TECHT

Mehr Netto vom Brutto

„Die Überstunden endlich steuerfrei setzen“

Es wird immer getrommelt, dass sich Leistung wieder lohnen muss. Die Regierung sollte doch dem endlich gerecht werden und die Überstunden für die leistungsbereiten Österreicherinnen und Österreicher steuerfrei setzen. Mit dieser Maßnahme würde den Mitarbeitern und Mitarbeitern mehr Netto vom Brutto bleiben, dieses zusätzliche Geld würde sofort in den Konsum fließen und die Wirtschaft ankurbeln. Genauso müsste das Feiertagsentgelt steuerfrei sein, das gegen die Gepflogenheiten der letzten Jahre auf einmal besteuert wird und den Mitarbeitern zusätzlich Kaufkraft nimmt.



GEORG IMLAUER ist Wirtschaftskammerfunktionär und Hotelier, Gastronom und Golfplatzbetreiber in Salzburg. Seine Hotels umfassen rund 1200 Betten.
Foto: PICTUREDESK/NEUMAYR

Die Stärken bewahren

„Massives Investment in die Hochkultur des Landes“

Angesichts einer ungewissen, ja sogar beunruhigenden Zukunft lautet die eigentliche Frage nicht, was man ändern, sondern was man bewahren sollte. Das Tempo des Wandels – ob Technologie, Klima oder die Demografie betreffend – schürt Nostalgie. Österreich sollte die mutige Strategie verfolgen, Europas Hauptstadt der Nostalgie zu werden. Nicht in dem Sinne, das Land in ein Museum zu verwandeln, sondern um eine Gesellschaft zu bewahren, in der Museums- und Konzertbesuche integraler Bestandteil des Lebens sind. Österreich sollte daher massiv in die Hochkultur investieren – gerade in einer Zeit, in der die meisten die Hochkultur für ein Relikt der Vergangenheit halten. Im Jahr 2003 verfasste George Steiner seinen berühmten Essay *Une certaine idée de l'Europe*, in dem er ergründete, was Europa ausmacht. Dazu gehören für ihn unter anderem Europas Kaffeekulturskultur, das Gehen und Reisen sowie Europas Sinn für Tod und Verfall. All das sollte bewahrt werden, und zwar von und in Österreich.



IVAN KRASTEV, Politologe, ist Permanent Fellow am Institut für die Wissenschaften vom Menschen in Wien und Leiter des Centre for Liberal Strategies in Sofia. Foto: RANGER

Digitalisierung

„Digitale Infrastruktur zur Priorität machen“

Wir müssen Investitionen wieder erleichtern, statt sie durch Bürokratie und Überregulierung zu bremsen. Die Telekominfrastruktur ist die Lebensader bahnbrechender digitaler Innovation bei KI und Internet of Things, dennoch wird sie chronisch vernachlässigt. Die digitale Infrastruktur muss endlich wieder zur Priorität werden. Nur so können wir unseren technologischen Rückstand gegenüber anderen schließen, deutliche Produktivitätszuwächse ermöglichen – und Österreich zurück auf den (digitalen) Wachstumspfad bringen. Dafür brauchen wir dringend faire, innovationsfreundliche regulatorische Rahmenbedingungen. Ebenso müssen wir endlich in digitale Souveränität investieren und durch Souveränitätsklauseln bei öffentlichen Vergaben oder Investitionsfreibeträge für europäische Cloudlösungen Abhängigkeiten reduzieren.



THOMAS ARNOLDNER ist CEO der A1 Telekom Austria Gruppe in Wien. Zuvor war der Wiener bei Alcatel tätig und unter anderem ÖVP-Politiker auf Lokalebene.
FOTO: APA/FOHRINGER

Standortoffensive

„Eine Forschungsquote von vier Prozent erreichen“

Um Österreich zukunftsfit zu machen, braucht es eine mutige Standortoffensive: Energie-, Bürokratie- und Arbeitskosten sind nach wie vor die größten Hebel. Zukunftsfähigkeit beruht immer auf beidem: Wettbewerbsfähigkeit und Innovation.

Das heißt: Investitionen in Forschung mit dem Ziel, eine Forschungsquote von vier Prozent zu erreichen, und vor allem ein „Innovation to Impact“-Prinzip, bestehende Stärken ausbauen und zukünftige Stärken strategisch entwickeln, Innovationen darauf aufbauend rasch zur Marktreife und internationaler Wettbewerbsfähigkeit führen – etwa durch Pilotinitiativen. Für Schlüsselprojekte braucht es eine „Fast Lane“, die Verfahren beschleunigt, Zuständigkeiten klärt und vorantreibt. Damit schaffen wir gesellschaftlichen Wohlstand.



SABINE HERLITSCHKA ist Vorstandsvorsitzende der Infineon Technologies Austria AG in Villach und gilt als eine der einflussreichsten Managerinnen Österreichs.
FOTO: APA/HOCHMUTH

Initiative zur Mutkultur

„Entrepreneurial Mindset muss gefördert werden“

Wandel und Unsicherheit prägen unsere Zeit. Wir müssen lernen, mit dieser neuen Realität umzugehen. Dafür braucht Österreich eine nationale Initiative für Mutkultur, die Menschen ermutigt, unkonventionelle Wege zu gehen, Veränderung als Normalität verankert und Vertrauen in die eigene Gestaltungsfähigkeit stärkt.

Denn ein Entrepreneurial Mindset bedeutet nicht nur, Unternehmen zu gründen, sondern vor allem auch, mutig, aktiv und lösungsorientiert zu handeln. Wenn Mut durch neue Lernformate, Mut-Labs oder Vorbilder strukturell gefördert wird, entsteht ein Land voller Gestalterinnen und Gestalter. Denn Aufschwung beginnt im Kopf – und wächst mit Haltung, Tatkräft und einem neuen Verständnis von Erfolg. Dafür braucht es: vom Ich zum Wir. Um unsere Zukunft gemeinsam zu gestalten.



SELMA PRODANOVIC ist Business-Angel, Start-up-Expertin und Keynote-Speakerin in Wien und bezeichnet sich selbst als „Social Futurist“. FOTO: FOLTIN/JINDRICH/PICTUREDESK

Asyl und Migration

„Großes Interesse an regulärer Migration“

In den letzten Jahrzehnten hat Österreich eine außergewöhnliche humanitäre Leistung vollbracht. Zwischen 2015 und 2024 gewährte es mehr als 174.000 Menschen Asyl. Kein anderes Land in der EU hat pro Kopf so vielen Schutzbedürftigen Schutz gegeben, darunter 100.000 Syrern. Dazu kamen mehr als 80.000 Ukrainerinnen. Die meisten dieser Menschen kamen nach Wien. Die Aufnahme stellte das Land und vor allem Wien vor historische Herausforderungen, von den Schulen bis zum Arbeitsmarkt.

Es gilt sicherzustellen, dass irreguläre Migration reduziert wird, Integration gelingt und Straftäter abgeschoben werden. Nur so kann das Vertrauen der Bevölkerung erhalten bleiben.

Österreich hat großes Interesse an regulärer Migration, sicheren Drittstaaten und rechtsstaatlicher Kontrolle an den EU-Außengrenzen.



GERALD KNAUS ist Vorsitzender der Europäischen Stabilitätsinitiative und war Mitinitiator des EU-Flüchtlingsabkommens mit der Türkei im Jahr 2016.
FOTO: IMAGO/THOMAS BARTILLA

Wachstumsimpuls

„Ein Solidaritätszuschlag nach deutschem Vorbild“

Budget konsolidieren und die Wirtschaft ankurbeln kann gelingen, wenn jene am meisten beitragen, die darauf nicht mit einem Rückgang ihrer Nachfrage reagieren. Beispiel: der 1991 in Deutschland eingeführte Solidaritätszuschlag („Soli“), der die Steuerlast um einen fixen Prozentsatz erhöhte (damals 7,5 Prozent). Wenn in Österreich Lohn-, Einkommen- und Körperschafts- sowie die Kapitalertragsteuer – befristet – um zehn Prozent erhöht würden, brächte das etwa sieben Milliarden Euro: Geld für Investitionen in Umwelt, Bildung und Infrastruktur. Gleichzeitig verringern diese Wachstumsimpulse das Defizit. Die „ärmeren“ 50 Prozent wären davon kaum betroffen, weil sie keine oder wenig Steuern zahlen. Beispiel Unselbstständige: Ihr mittleres Einkommen (Median) liegt bei 2800 Euro (14-mal), selbst wer diese Grenze erreicht, müsste nur 26 Euro monatlich beitragen. Wer hingegen monatlich 10.000 Euro verdient, müsste circa 310 Euro beisteuern, seine Nachfrage aber nicht einschränken, weil (sehr) gut verdienend.



STEPHAN SCHULMEISTER ist Wirtschaftsforscher in Wien. Davor war der Ökonom, der sich als Keynesianer versteht, jahrzehntelang am Wifo tätig.
FOTO: IMAGO

Bürokratieabbau

„Endlich umsetzen, was ohnedies jeder weiß“

Man muss das Rad nicht neu erfinden: Was wir als Unternehmer brauchen, ist die internationale Wettbewerbsfähigkeit Österreichs, damit wir hier erfolgreich produzieren können. Entscheidend ist nicht eine einzelne Maßnahme, sondern das Zusammenspiel bekannter Hebel: Lohnstückkosten senken. Dazu gehört, Kollektivverträge in den nächsten Jahren weiter mit Augenmaß abzuschließen, Energiekosten durch den Ausbau erneuerbarer Energien zu senken und Bürokratie abzubauen. Diese abgedroschenen Forderungen sind wichtig und kommen nicht ohne Grund immer wieder. Genau deshalb setze ich mich als IV-Niederösterreich-Präsident für die Industrie ein; damit endlich etwas weitergeht und das, was unsere Eltern und Großeltern mit Fleiß und harter Arbeit aufgebaut haben, an Wohlstand für die nächsten Generationen erhalten bleibt.



KARI OCHSNER ist Wärme-pumpenunternehmer im gleichnamigen Familienunternehmen und Industriellenvereinigungsfunktionär in Niederösterreich.
FOTO: PICTUREDESK/STARPIX

Alles auf Schiene

„Eine neue Ausbaustrategie für die Bahn“

Dass Bahninfrastruktur ein wesentlicher Standort- und Sicherheitsfaktor ist, haben die vergangenen Jahre deutlich gezeigt. Österreichs Ausbauplan für die Schiene, das „Zielnetz 2025+“, wird etwa im Jahr 2030 fertiggestellt sein. Damit auch darüber hinaus der zunehmende Bedarf im Personen- und Güterverkehr gedeckt werden kann, ist eine neue Ausbaustrategie notwendig – das „Zielnetz 2040“, das aktuell im Verkehrsministerium evaluiert wird. Wenn es samt Digitalisierung fertiggestellt ist, wird das ÖBB-Netz, gemessen an Zugkilometern, um rund 50 Prozent leistungsfähiger sein als heute. Wirtschaftlichen Nutzen bringt der Bahnausbau schon heute: Jedes einzelne „Zielnetz“-Projekt leistet einen positiven Beitrag. Jede investierte Milliarde bedeutet 1,4 Milliarden Euro für die Volkswirtschaft und schafft oder sichert 12.000 Arbeitsplätze.



ANDREAS MATTHÄ ist seit 2016 Chef der ÖBB Holding. Der gebürtige Kärntner arbeitet bereits seit 1982 im Konzern, beginnend beim Brücken- und Tiefbau.

FOTO: FLORIAN SULZER

Ehrliche Gewaltenteilung

„Eine unabhängige Bundesstaatsanwaltschaft“

Der große Staatsrechtler Montesquieu hat bereits vor 300 Jahren erkannt, dass alles verloren wäre, „wenn ein und dieselbe Person oder Institution alle Machtvollkommenheiten“ ausübt. Die Gewaltenteilung, deren gegenseitige Balance und Kontrolle, ist angesichts fast schon omnipräsenter und multidimensionaler Tendenzen hin zum Autoritären der konstitutiven Eckpfeiler einer liberalen Demokratie, eines Lebens in Sicherheit und Freiheit, von wirtschaftlicher Prosperität und Entfaltung. Sichern und stärken wir dieses Bollwerk der Rechtsstaatlichkeit – auch für das Morgen. Ein signifikanter Schritt dazu ist die überfällige Implementierung einer professionellen und unabhängigen Bundesstaatsanwaltschaft – als Ausdruck ehrlicher, gelebter Gewaltenteilung.



MARTIN KREUTNER ist Experte für Korruptionsbekämpfung und einer der Initiatoren des Volksbegehrens für Rechtsstaatlichkeit und gegen Korruption.

FOTO: APA/HANS KLAUS TECHT

Haus der Zukunft

„Vom Träumen zum Handeln“

In einer Welt, die sich rasant verändert, sollten wir unsere Zukunft in die eigenen Hände nehmen und sie aktiv selbst gestalten. Genau hier setzt das Haus der Zukunft an: Es ist viel mehr als ein Gebäude. Es ist ein öffentlicher Raum, in dem Wissenschaft, Wirtschaft, Kunst und Kultur mit der Zivilgesellschaft zusammenkommen. Um gemeinsam neue Ideen zu entwickeln und die österreichische Kreativität wirken zu lassen. Hier werden Vorstellungen von der Zukunft geteilt, Forschung verständlich und Innovation sichtbar gemacht. Das Haus der Zukunft steht für eine neue Form der Zusammenarbeit in Österreich, für Leidenschaft, für Zuversicht und Heimatliebe. Es ist Plattform für einen neuen Austausch und echte Einbeziehung der Gestaltungskraft von Bürgerinnen und Bürgern. Alt und Jung arbeiten dort gemeinsam an der Zukunft Österreichs im Herzen Europas.



HARALD MAHRER ist seit 2018 Wirtschaftskammerpräsident. Seit 2018 ist der ÖVP-Politiker überdies Präsident der Österreichischen Nationalbank.

FOTO: PETER RIGAUD

Talente halten

„Interuniversitäre Ausbildungen“

Wo Exzellenz ist, kommt Exzellenz dazu. Wissenschaftliche Talente zieht es dorthin, wo es eine unüberstehliche Mischung von Peers, Infrastruktur und neuen Ideen gibt, wie das Institute of Science and Technology Austria und einige andere wissenschaftliche Einrichtungen zeigen. Österreich leistet sich 22 öffentliche und 17 Privatunis, für die es jedoch anders aussieht. Die Allianz TU Austria beweist, dass drei technische Universitäten alle technisch-naturwissenschaftlichen Fakultäten des Landes einzubinden vermögen, um durch interuniversitäre Studien und gemeinsame Doktoratskollegs Stärken zu bündeln und Angebote wie „Computational Sustainability“ aufzustellen. Der Schlüssel, um Österreich zu einem attraktiven Standort in Forschung und Innovation für die nächste Generation zu machen, liegt in der interuniversitären, zukunftsorientierten Ausbildung.



HELGA NOWOTNY ist Wissenschaftsforscherin. Sie war Präsidentin des Europäischen Forschungsrats und Professorin an der ETH Zürich.

Nowotny ist Mitglied des österreichischen Rats für Forschung, Wissenschaft, Innovation und Technologieentwicklung. FOTO: AGA

Investieren ist für alle. Mit George.

ERSTE SPARKASSE

George-App
downloaden



Investitionen bergen Risiken und Chancen.



Investiert jetzt!

In Österreich liegen Milliarden auf Konten, in Stiftungen oder Family-Offices. Geld, das dringend benötigt wird, um die Innovationskraft im Land zu pushen.

Bettina Pfluger

IDEE #31

Ein Standort-Fonds, um privates Kapital zu mobilisieren

Österreich braucht mehr Innovationen. Forschung und Entwicklung müssen intensiviert werden. Ideen sollten im Land verwirklicht werden, damit auch die Wertschöpfung im Land bleibt. So klingen die Stehsätze der Politik, vor allem im Wahlkampf, wenn es darum geht, Impulse zu setzen. Doch an den notwendigen Rahmenbedingungen hat sich leider wenig geändert.

Zweifellos verfügt Österreich über eine ausgeprägte Förderlandschaft. Bund, Länder, Gemeinden – alle bieten Unterstützung an. Doch „gefördert wird oft mit der Gießkanne“, sagt Eva Martischnig, Senior Managerin beim Berater BDO. Die Expertin für Start-ups und Förderwesen weist darauf hin, dass viele Förderköpfe derzeit aus Spargründen gekürzt werden. „Damit wird der Wettbewerb um diese Gelder größer“, fügt sie hinzu.

Auch der administrative Aufwand, um eine Förderung zu erhalten, sei zuletzt gestiegen – ebenso wie die Dokumentationspflichten, die die Verwendung der Mittel betreffen. Dieses Reporting müssten Unternehmen oft erst etablieren, was wiederum zusätzliche Kosten verursacht und Personal bindet. Besonders für kleinere Betriebe sei dies ein erheblicher Aufwand. „Die Überlegung, ob sich eine Förderung wirklich noch auszahlt, wenn alle Kriterien erfüllt sind, wird vor allem in kleinen Unternehmen bereits angestellt“, erklärt die BDO-Expertin.

Weniger, dafür mehr

Es nützt wenig, in Österreich mit der Gießkanne Geld zu verteilen, wenn die Produktion später aus Kostengründen abwandern muss, gibt Martischnig zu bedenken. Zielführender wäre es zu analysieren, was Österreich wirklich braucht, und gezielt Vorhaben bis zur Marktreife zu fördern. Also weniger Unterstützung, dafür intensiver.

Denn das Förderwesen endet genau dort, wo es darum geht, eine Idee am Markt zu etablieren oder größere Summen zu mobilisieren, um ein Geschäftsmodell zu formen. Banken sind in dieser frühen Finanzierungsphase oft zögerlich. Es braucht also Risikokapitalgeber.

In Österreich sieht es prinzipiell nicht schlecht aus, wenn es um die Förderung von Start-ups geht. Es gibt viel Kapital, das in dieses Thema investiert wird. Das Problem: Nur rund 20 Prozent fließen in heimische Ideen, der Rest geht ins Ausland. Stefan Haubner, Gründer des Risikokapitalgebers Apex Ventures, nennt dafür mehrere Gründe. Österreichische Investoren seien generell risikoavers, und der Kapitalmarkt im Bereich der Privatbeteiligungen sei sowohl in Österreich als auch in Europa unterentwickelt. Doch Venture-Capital und Private Equity erleben in Euro-

pa derzeit eine Renaissance – auch, weil die EU den Ansatz fördert, mit Privatbeteiligungen große Projekte zu unterstützen.

„Nun gehören aber entsprechende Angebote geschaffen“, sagt Haubner. Das Zeitfenster sei derzeit offen, da die EU im Zuge der Globalisierung überlegt, welche Unternehmen und Ideen mehr Unabhängigkeit schaffen können. Auch Gründer erkennen diese Chance und entdecken Europa neu. Das fördere die Idee von Standortfonds, wie zuletzt vom Investorenverbund Invest Austria vorgeschlagen. Auch hier geht es darum, privates Kapital zu mobilisieren.

Vorbild Schweden

Ein Blick in den Norden zeigt, dass dieses Modell auch funktioniert. In Schweden etwa sind Family-Offices oft aktive Investoren, die Forschung und Entwicklung in den Bereichen Technologie, Energie und nachhaltige Innovationen finanzieren. Zu den bekanntesten zählt die Familie Wallenberg. Seit André Oscar

Wallenberg 1856 die Stockholm Enskilda Bank gründete, aus der die noch heute existierende Großbank Skandinaviska Enskilda Banken hervorging, ist die Familie über Navigare Ventures in mehreren Wirtschaftssektoren tätig.

Auch die Familien Johnson und Persson gehören zu den aktiven Investoren. Die jeweiligen Investitionsstrategien variieren je nach Family-Office und umfassen oft Mischformen aus direkten Beteiligungen, Venture-Capital und Private-Equity-Investitionen.

Ein Ansatz, den sich auch die EU-Kommision wünscht. Besonders im Bereich der Energiewende sollen Public-Private-Partnership-Modelle die Umsetzung finanziell beschleunigen. Doch sowohl die EU als auch Österreich sind für Investoren derzeit wenig attraktiv. „Sowohl die Unternehmen als auch Geldgeber halten sich bei Investitionen stark zurück“, sagt Florian Meindl, Partner bei BDO, der auf Familienunternehmen des österreichischen Mittelstands spezialisiert ist. Die eigentümergeführten KMU gelten zwar weiterhin als

Wachstumstreiber. Doch wenn es darum geht, Niederlassungen in Europa zu gründen, fällt Österreich oft aus. Das Gleiche gilt für Kapitalinvestoren. „Die Rahmenbedingungen dafür sind derzeit schlecht“, sagt Meindl. Die hohen Zinsen und die Inflation haben die Personalkosten so stark steigen lassen, dass Österreich schlichtweg nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Geldgeber stoßen zudem an bürokratische Hürden, und es fehlen steuerliche Anreize. Überdies herrscht laut Meindl bei vielen Investoren die Angst vor Vermögenssteuern, die in Österreich immer wieder debattiert werden.

Um das Land für Investitionen attraktiver zu machen, sollte die Politik endlich ernst machen mit dem Bürokratieabbau, damit Genehmigungsverfahren nicht unnötig in die Länge gezogen werden. Auch der Anteil des Dienstgeberanteils bei den Personalkosten könnte gesenkt werden, um heimische Arbeitskräfte im Wettbewerb zu halten.

Viele Nachteile

Dass in Österreich genügend Kapital für Investitionen vorhanden ist, davon ist auch Meindl überzeugt. Doch neben dem Vertrauen in den Standort ziehen oft die höheren Renten im Ausland das Geld von Stiftungen oder Family-Offices ab. Hinzu kommt, dass die Steuervorteile für Stiftungen in Österreich mittlerweile eingeschränkt wurden, was Kapital oft nach Liechtenstein abwandern lässt, dessen Stiftungsrecht steuerlich und zivilrechtlich vorteilhafter ist. „Verlässt Kapital das Land, werden Investments in Österreich unattraktiver“, fasst Meindl zusammen. Es bräuchte daher auch für Stiftungen wieder steuerliche Anreize.

Die Einbeziehung von privatem Kapital ist auch für Rudolf Krickl, CEO des Beratungsunternehmens PwC, essenziell. „Im Jahr drei der Rezession braucht Österreich dringend Investitionen“, sagt er. Jedes Unternehmen, das schließt oder abwandert, kostet Wertschöpfung. Ein Standortfonds wäre daher eine gute Lösung. Sowohl von der Politik als auch von Investoren kommen dazu positive Signale. Dieser Fonds soll als Dachfonds organisiert sein und über Subfonds Bereiche wie den Ausbau der Stromnetz-Infrastruktur abdecken. In diesen Dachfonds sollen große Investoren wie Pensionskassen oder Versicherungen genauso investieren wie Privatanleger.

Krickl weist darauf hin, dass der Fonds verschiedene Formen der Beteiligung sicherstellen sollte: von Aktien oder Genussrechten bis hin zu Direktbeteiligungen über Private Equity. „Sind die Strukturen klar und die Prüfung von Projekten schlank organisiert, kann ein Standortfonds schnell spürbare Wirkungen erzielen“, sagt er.

GETTY IMAGES

Wie man Geistesblitze fördert

Die österreichischen Technologieunternehmen Bitpanda, TTTech und Dynatrace reüssieren auch international.

Was kann man von ihnen lernen, um die Wirtschaft innovativer zu machen?

Andreas Danzer, Alexander Hahn



ZOE OPRATKO



Bitpanda-Geschäftsführer Lukas Enzersdorfer-Konrad wünscht sich einen höheren Anspruch der Menschen in Österreich an sich selbst. Man limitiere sich mit der „Passt schon“-Mentalität.

Hohe Personalkosten, teure Energie und überbordende Bürokratie – diese Klagen sind von heimischen Unternehmen gut bekannt, besonders von etablierten Firmen. Doch aus den jüngeren, technologieorientierten Gesellschaften klingt ein anderes Echo. Unter den wertvollsten Unternehmen der Welt finden sich fast nur Firmen aus dieser Branche – der saudi-arabische Ölkonzern Saudi Aramco bildet eine Ausnahme. Auch Österreich bleibt von dieser Entwicklung nicht unberührt: Der große digitale Boom bleibt zwar aus, doch einige heimische Technologieunternehmen haben es geschafft, international zu reüssieren.

Eines davon ist Bitpanda. Die 2014 in Wien gegründete Krypto-Handelsplattform hat sich mittlerweile als Europas größter Anbieter etabliert. Das Unternehmen spielt mit dem Gedanken an einen Börsengang, will sich jedoch bisher nicht konkreter dazu äußern. Doch wie ist es einem Wiener Start-up gelungen, in dem lange unregulierten Finanzsektor aufzusteigen?

Schwieriger Beginn

„Mit den rechtlichen Rahmenbedingungen war es am Anfang sehr schwer, denn es gab keine Regulatorik“, erzählt Bitpanda-Geschäftsführer Lukas Enzersdorfer-Konrad im STANDARD-Gespräch – also gewissermaßen fehlende Bürokratie. „Mittlerweile hat sich die Kooperation mit Gesetzgebern und Finanzmarktaufsicht gut eingependelt, doch auf diesen Austausch muss man sich aktiv einlassen.“ Eine größere Herausforderung sei es allerdings gewesen, das richtige Personal zu finden und nach Wien zu bringen.

Aktuell beschäftigt Bitpanda etwas mehr als 800 Mitarbeitende. Die Hälfte davon arbeitet in Wien, der Rest verteilt sich auf neun weitere Standorte in Europa und Dubai. In einer solch dynamischen Branche ist es nicht einfach, qualifiziertes Personal zu finden – der Fachkräftemangel gehört mittlerweile jedoch überall zum Wirtschaftsalltag. Ähnliche Erfahrungen hat Georg Kopetz gemacht. Als

Mitgründer und Geschäftsführer von TTTech, einem Spin-off der TU Wien, das Ende der 1990er-Jahre gegründet wurde und heute 1100 Mitarbeitende beschäftigt, kennt er die Vorteile und Nachteile des Wirtschaftsstandorts Österreich für junge Unternehmen. Personal zu finden, ist für Kopetz in der Bundeshauptstadt kein Problem: „Es sieht sehr gut aus, weil Wien eine Universitätsstadt ist“, sagt er. Dazu kommen die hohe Lebensqualität und die vorteilhafte Lage im Donauraum. Viele ziehen auch nach Wien zum Studieren. „Wir sollten schauen, dass die Studenten nachher hierbleiben und nicht wieder weggehen“, meint Kopetz. Doch dafür braucht es auch ein entsprechendes Jobangebot.

„Super-Exit“ für TTTech

In diesem Jahr hat sich das Technologieunternehmen von seinem größten Erfolgsträger getrennt: Die Tochtergesellschaft TTTech Auto wurde nicht an die Wiener Börse gebracht, sondern an den niederländischen Chipkonzern NXP verkauft. Georg Kopetz erklärt diese Entscheidung mit einem Strukturwandel im Automotive-Sektor, der in den letzten zehn Jahren zunehmend von Chipherzeugern statt von Fahrzeugbauern geprägt wurde.

Der „Super-Exit“ spülte 766 Millionen US-Dollar in die Kassen der TTTech-Auto-Aktionäre, etwa 660 Millionen Euro. Fast 36 Prozent dieses Betrags gingen an die Wiener Muttergesellschaft. Kopetz kann das Geld gut gebrauchen, um das Wachstum der verbleibenden Unternehmensbereiche weiter voranzutreiben. Denn, sagt Kopetz, Risikofinanzierungen bis zur Kapitalmarktreife seien in Europa, insbesondere in Österreich, nach wie vor Mangelware.

„Was fehlt, ist Skalierungskapital“, sagt er, „wir haben in Österreich auch keine wirkliche Investmentbank.“ Um diese Lücke zu füllen, schlägt Kopetz einen zehn Milliarden Euro

schweren „Rot-weiß-rot-Dachfonds“ vor, der öffentliche und private Mittel vereinen soll. Zum Vergleich: Seit 1997 hat TTTech etwa eine halbe Milliarde Euro an privatem Eigenkapital benötigt. Im Gegensatz dazu funktionierte die Finanzierung von Start-ups und Universitäts-Spin-offs in ihren frühen Phasen relativ gut.

An die Börse

Wie geht es nach dem Verkauf der Autosparte weiter? „Wir verfolgen noch immer das Ziel, einen Teil von TTTech an die Börse zu bringen“, betont der Firmenchef. Am ehesten traut er dies der schnell wachsenden Sparte Luft- und Raumfahrt sowie Defense zu. In den nächsten drei bis fünf Jahren könnte es so weit sein. Auf seinem Wunschzettel steht zudem die Kapitalmarktunion der EU, be

sonders eine digitale Handelsplattform für europäische Technologieunternehmen. Den Standort will Kopetz jedoch auf jeden Fall beibehalten: „TTTech wird ein österreichisches Unternehmen bleiben.“ Auch Bitpanda hatte, eigenen Angaben zufolge, nie vor, Wien als Hauptsitz zu verlassen.

Im operativen Geschäft bleibt es dabei. Die Konzernmutter, die Bitpanda Group AG, ist jedoch seit 2022 eine Schweizer Aktiengesellschaft. Warum

dieser Schritt? „Das liegt vor allem am österreichischen Kapitalmarkt- und Gesellschaftsrecht, das zum Beispiel für US-Investoren sehr umständlich ausgestaltet ist. In der Schweiz sind die Rahmenbedingungen viel internationaler ausgerichtet – deswegen ist die Schweiz der Grundstein etwa für ein potenzielles Börsenlisting in der Zukunft.“

Limitiertes Denken

Enzersdorfer-Konrad kritisiert am Standort – neben den klassischen Argumenten wie zu hohen Steuern – primär das „österreichische Mittelmaß“. Es werde sich zu schnell mit dem Erreichten zufriedengegeben. Viel mehr

wäre möglich, wenn die Menschen bereit wären, mehr zu leisten. „Damit meine ich nicht die Arbeitszeit, sondern den Anspruch an sich selbst.“ Es brauche weniger „Passt schon“-Mentalität, die limitiere das Denken. „Wer glaubt, es geschafft zu haben, weil er in Österreich Marktführer ist, liegt falsch. Österreich ist ein Pilotmarkt.“

Ähnlich klingen die Gedanken von Bernd Greifeneder. Als Technik-Chef von Dynatrace, einem in Linz gegründeten Unternehmen, das mit KI komplexe IT-Systeme überwacht und optimiert, kennt er die Herausforderungen. Dynatrace ist in diesem Bereich Weltmarktführer und beschäftigt 5200 Menschen – in dieser Nische halten auch Giganten wie Amazon oder Microsoft nicht mit. Doch bald wurde Österreich als Standort zu eng.

„Wichtig ist, von Anfang an global zu denken, auch wenn man nicht gleich global agiert“, sagt Greifeneder zum STANDARD. „Es geht nur international, andernfalls ist der Markt zu klein, und wir hätten uns die Forschung und Entwicklung nicht leisten können.“ Dynatrace begann im deutschsprachigen Raum, ist seit 2019 an der New Yorker Börse gelistet und hat mittlerweile den Hauptsitz nach Boston verlagert.

Schwierige Globalisierung

„Sprachen, Gesetze, Steuern – das macht Globalisierung schwierig. Doch wer sie von Anfang an mitdenkt, hat es später deutlich leichter“, sagt Greifeneder. „Es stört mich, wenn jemand die beste Taxi-App Österreichs machen will, natürlich wird man dann überrollt. B2C funktioniert nur mit globalem Denken. Bei B2B ist es anders, da geht es um die Spezialisierung. Globales Denken mit einem spezialisierten Geschäftsmodell bietet weit mehr Chancen, als ein lokaler Ansatz und man möchte alles abdecken.“

Der Wirtschaftsstandort Österreich bewegt sich zwischen Tradition und Technologie, zwischen Behäbigkeit und globalem Ehrgeiz. Wer den Sprung schaffen will, braucht weniger „Passt schon“ und mehr „Warum nicht wir?“. Möglich ist es.

IDEE #32

Ein Rot-weiß-rot-Dachfonds für Skalierungskapital

Das grüne Wachstum

Während die Regierung beim Klimaschutz spart, setzen Konzerne auf grüne Transformation. Wie der Ausbau erneuerbarer Energien den wirtschaftlichen Aufschwung ankurbeln könnte.

Benedikt Narodoslawsky, Nora Laufer

In Weiz produziert Siemens Energy Transformatoren für Windkraftturbinen, die in den gigantischen Offshore-Windparks der Nordsee zum Einsatz kommen. Die Nachfrage war so groß, dass das bestehende Werk den Anforderungen nicht mehr gewachsen war. Innerhalb von nur 13 Monaten entstand deshalb ein neues Werk in Wöllsdorf, nur wenige Kilometer von Weiz entfernt. Mehr als 100 Millionen Euro investierte Siemens Energy in den Ausbau. Im Oktober dieses Jahres wurde der neue Standort eröffnet, an dem nun rund 450 Menschen Arbeit finden.

Die weltweite Energiewende nimmt immer mehr Fahrt auf – und Österreichs Wirtschaft profitiert davon. Das Siemens-Werk in Wöllsdorf ist dabei nur ein aktuelles Beispiel für diesen Trend. Die neuesten Zahlen des Wirtschaftsministeriums aus dem Jahr 2023 belegen das Wachstum des Green-Tech-Sektors in Österreich: Mehr als 3300 Unternehmen und rund 57.800 Beschäftigte arbeiten an der grünen Transformation. Innerhalb der letzten drei Jahrzehnte haben sich die Umsätze in der Umwelttechnik-Industrie nahezu verzehnfacht. Mit 8,9 Prozent war das Wachstum im Green-Tech-Sektor seit 2019 überdurchschnittlich hoch. „Die österreichische Umwelttechnikwirtschaft hat eine starke Position in der heimischen Volkswirtschaft mit umfassenden Verflechtungen“, schreibt das Wirtschaftsministerium.

100.000 Arbeitsplätze

Für die grüne Transformation hat sich Österreich ehrgeizige Ziele gesetzt. Bis 2040 soll das Land klimaneutral werden, bereits zehn Jahre zuvor soll der gesamte Strombedarf aus Erneuerbaren gedeckt werden. Innerhalb eines Jahrzehnts müssen 27 Terawattstunden an neuer Kapazität zugebaut werden – etwa die Hälfte dessen, was Österreich in den Jahren vor 2020 an sauberen Stromquellen erschlossen hat. Im vergangenen Jahr lag der Anteil der Erneuerbaren bei 87,5 Prozent. Doch ausgerechnet die Windkraft bleibt hinter den Ausbauzielen zurück: In Vorarlberg und Tirol gibt es noch keine Windräder, und in Kärnten sprach sich Anfang des Jahres eine Volksbefragung gegen Windräder auf Bergen und Almen aus.

Der ökonomische Nutzen der Energiewende ist längst belegt. „Bis zu 100.000 neue Arbeitsplätze entstehen, wenn weiterhin kräftig in den Ausbau der Erneuerbaren investiert wird“, heißt es in der Studie „Volkswirtschaftlicher Nutzen von Climate Action für Österreich“. In dieser ermittelte das Wegener

Center für Klima und globalen Wandel der Universität Graz im vergangenen Jahr das wirtschaftliche Potenzial der grünen Transformation. Investitionen in Höhe des österreichischen Erneuerbaren-Ausbauziels von jährlich 4,5 Milliarden Euro bis 2030 könnten nicht nur 100.000 neue Arbeitsplätze schaffen, sondern auch das Bruttoinlandsprodukt um 9,8 Milliarden Euro steigern.

Während die schwarz-rot-pinke Regierung in der aktuellen Budgetkrise vor allem im Klimaschutz kürzte und einige Bundesländer den Ausbau der Erneuerbaren ausbremsen, zeigen Unternehmen in Österreich, wie die Dekarbonisierung erfolgreich umgesetzt werden kann. Ein Beispiel hierfür ist das Pharmaunternehmen Takeda, das Medikamente für seltene und komplexe Krankheiten herstellt. Bis 2035 will das Unternehmen an seinen Standorten klimaneutral produzieren und bis 2040 auch die gesamte Wertschöpfungskette emissionsfrei gestalten. Ein Vorzeigeprojekt hat Takeda kürzlich in der Wiener Donaustadt gestartet – ein Projekt, dessen Bedeutung auf den ersten Blick nicht offensichtlich ist. Riesige Rohre verlaufen durch einen hohen Raum, ziehen sich über Motoren, Kästen, Schläuche und Ventile. Der Lärm ist so dröhnend, dass die Mitarbeiter Gehörschutz tragen. „Das ist das Erste seiner Art“, sagt Harald Erös euphorisch. „Unglaublich. Ich bin begeistert.“

Leuchtturmprojekt

Erös leitet das Projekt „Ahead“, wobei die Anfangsbuchstaben für Advanced Heat Pump Demonstrator stehen. „Mit Ahead schaffen wir eine umweltfreundliche Lösung im industriellen Maßstab“, sagte Takeda-Vorstand Thomas Wozniowski bei der Inbetriebnahme im September, bei der auch Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer (ÖVP), die Wiener Wirtschaftsstadträtin Barbara Novak (SPÖ), der Landtagsabgeordnete Stefan Gara (Neos) und der japanische Botschafter anwesend waren. Denn „Ahead“ gilt als Leuchtturmprojekt, das sogar bis ins japanische Osaka strahlte, wo es auf der Weltausstellung im Österreich-Pavillon international präsentiert wurde.

Bereits vor zwei Jahren wurde „Ahead“ vom Klima- und Energiefonds mit dem ersten österreichischen Mission Innovation Net-Zero Industries Award ausgezeichnet. Das Potenzial für die Industrie ist gewaltig: Laut dem deutschen Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung entstehen in der EU nahezu drei Viertel der CO₂-Emissionen in der Industrie durch die Produktion von Prozesswärme. Am Beispiel Takeda lässt sich das



IDEE #33

Klarheit über die Rahmenbedingungen der Energiewende



IMAGO/DZUREK



ILLUSTRATION: OANA ROTARIU

Die Dekarbonisierung stärkt die Wettbewerbsfähigkeit, argumentierten kürzlich 2000 Wissenschaftler in einem offenen Brief.

konkret verdeutlichen: Der Betrieb nutzte bisher fossiles Gas, um die hohen Temperaturen zu erzeugen, die für die Arzneimittelproduktion notwendig sind – etwa bei Sterilisationsprozessen.

Wärmepumpenlabor

Die neue Wärmepumpe am Takeda-Standort in der Wiener Donaustadt nutzt anstelle von Gas nun die vorhandenen Kälteanlagen und deren Abwärme. Mithilfe von Dampfverdichtern erreicht sie Temperaturen von über 200 Grad. „Die dampferzeugende Wärmepumpe ist total effizient, wenn es darum geht, Abwärme in flüssiger Form in Dampf umzuwandeln“, erklärt Veronika Wilk, die Projektverantwortliche vom Austrian Institute of Technology, das „Ahead“ gemeinsam mit Takeda umsetzt. „Und der Dampfverdichter kann sehr effizient Druck und Temperatur erhöhen.“

Um die Dekarbonisierung des Wärmesektors voranzutreiben, hat das AIT im Oktober außerdem „das modernste Wärmepumpenlabor Österreichs“ in Betrieb genommen. Auf den Prüfständen können Partner aus der Forschung sowie Kunden aus der Industrie Wärmepumpensysteme unter realitätsnahen Bedingungen testen. Ähnlich wie das Pharma-

unternehmen Takeda könnten auch Unternehmen aus der Papier- oder chemischen Industrie so ihre Produktion von fossilen auf erneuerbare Energien umstellen.

Das würde nicht nur dem Klima nützen. Die Dekarbonisierung sei „Europas größte wirtschaftliche Chance“, erklärten kürzlich mehr als 2000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einem offenen Brief an die Staats- und Regierungschefs der EU. Die Vorteile einer entschlossenen Klimapolitik seien enorm. Die Dekarbonisierung würde die Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit Europas stärken, da der Kontinent unabhängiger von autokratischen Staaten würde. Zudem könnte die EU zwischen 2025 und 2040 mehr als 850 Milliarden Euro an Importkosten für fossile Brennstoffe einsparen und die Energiekosten für Haushalte um bis zu zwei Drittel senken. Gleichzeitig könnten in sauberen Industrien mehr als zwei Millionen neue Arbeitsplätze entstehen. Für die grüne Transformation wären jedoch zusätzliche Investitionen in Höhe von etwa 1,5 Prozent des jährlichen BIP der Europäischen Union erforderlich.

Wie zentral die Rolle der Wirtschaft bei der Dekarbonisierung ist, lässt sich allein schon am Stahlkonzern Voest festmachen. 2018 machte Österreichs Emissionskurve einen

deutlichen Knick nach unten. Der Hauptgrund für diesen Rückgang war nicht etwa der reduzierte Autoverkehr oder der gesunkenen Fleischkonsum, sondern: Die Voest hatte einen ihrer Hochöfen für Wartungsarbeiten stillgelegt. Bis 2027 plant der Stahlkonzern, zwei seiner fünf Hochöfen durch Elektrolichtbogenöfen zu ersetzen. Statt Kohle setzt die Voest künftig auf Strom. Der Bau der Anlagen in Linz und Donawitz gilt als größtes Klimaschutzprojekt des Landes. Allein diese Maßnahme wird Österreichs Emissionen jährlich um fünf Prozent senken.

CEOs fordern Klarheit

Doch wie kann die Politik die Unternehmen am besten unterstützen, damit diese die Energiewende erfolgreich meistern und gleichzeitig wirtschaftlich erfolgreich bleiben?

„Wenn ich mit CEOs darüber rede, was das Wichtigste ist, damit die Wirtschaft in Gang kommt, sagen alle eines: Klarheit“, meint Christiane Brunner. Früher war sie Umweltsprecherin der Grünen, heute ist sie Vorständin des Vereins CEOs for Future. Mehr als 80 Unternehmen sind darin vertreten, darunter große Akteure wie die Asfinag, Holcim, Lenzing, die ÖBB und die Wiener Stadtwerke. Ziel des Vereins ist es, eine nachhaltige Transfor-

mation in Wirtschaft und Gesellschaft voranzutreiben. Die Mitgliedsunternehmen betrachten die Energiewende als Jobmotor und Konjunkturbelebungsprogramm.

45 Milliarden Euro

„Der Dekarbonisierungsdruck ist in der Industrie angekommen, jede weitere Verzögerung bringt keine Sicherheit, sondern erhöht den Druck“, sagt Brunner. Statt klarer Signale von der Politik gebe es endlose Diskussionen darüber, ob Klimaziele angehoben oder gesenkt werden sollten. In der Zwischenzeit verlagerte sich die international agierende Industrie dorthin, wo bereits klare Pläne existieren, meint Brunner mit Verweis auf die Automobilindustrie.

Entscheidungen, die heute getroffen werden müssten, seien nicht möglich, solange ständig der Kurs infrage gestellt werde. Denn die Zeithorizonte von Projekten seien länger als die der Legislaturperioden. Die Konzerne seien bereit zu investieren, betont Brunner. „Das Geld ist nicht das Problem.“ Allein bei den Unternehmen von CEOs for Future bestünde die Bereitschaft, 45 Milliarden Euro in Nachhaltigkeitsprojekte zu investieren – vorausgesetzt, es existierten die richtigen Rahmenbedingungen.

Tag der offenen Tür

im Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung

Wann: 26. Oktober 2025 von 12:00 bis 17:00 Uhr

Wo: BMFWF, Minoritenplatz 3, 1010 Wien

Programmhighlights:

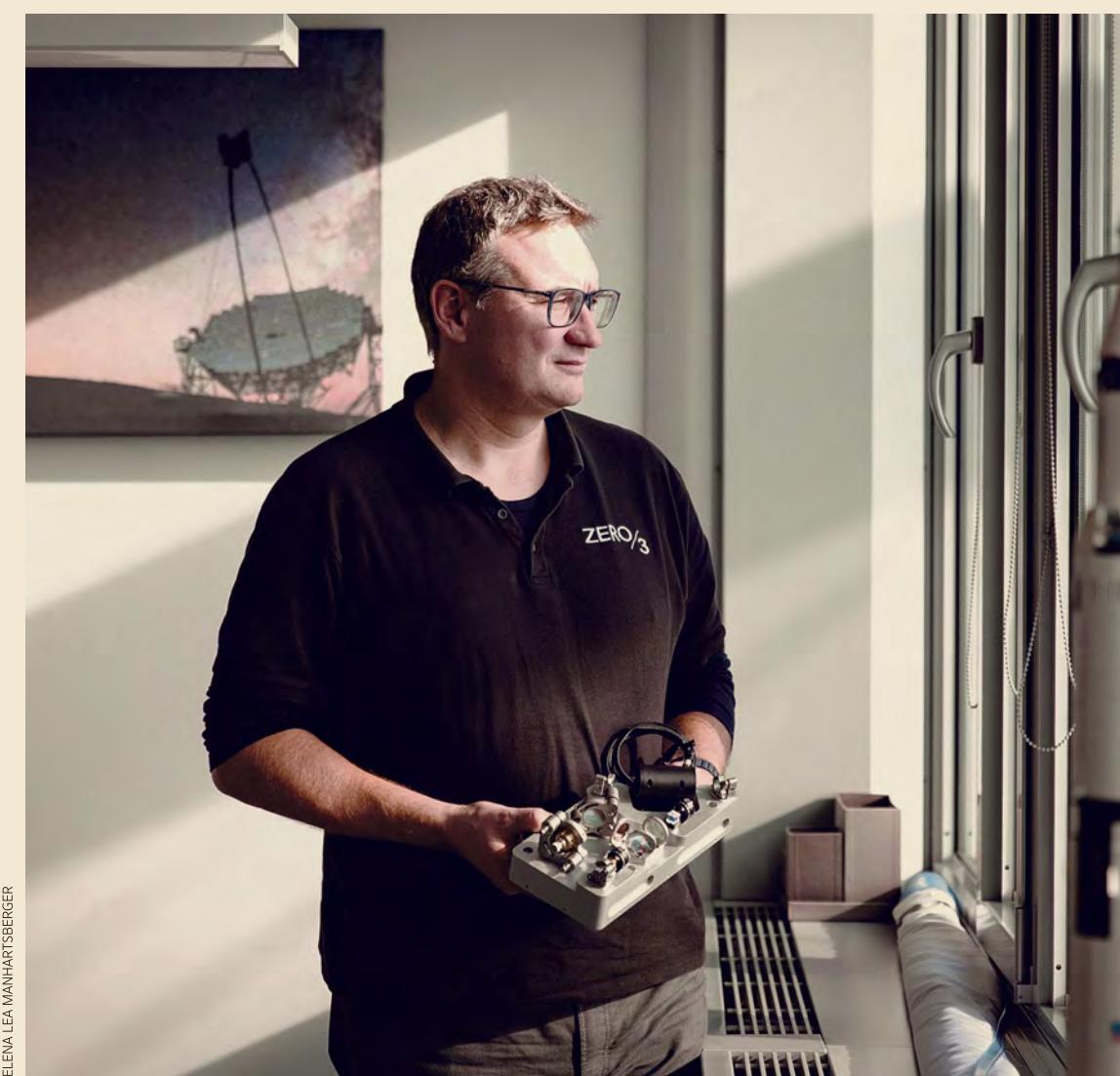
- Fotopoint mit Bundesministerin Eva-Maria Holzleitner (13:00 - 14:00 und 15:45 - 16:45 Uhr)
- Science Show mit Elisabeth Oberzaucher von den Science Busters (14:00 und 16:00 Uhr)
- Spannende Mitmachstationen, Experimente und Informationen

= Bundesministerium
Frauen, Wissenschaft
und Forschung

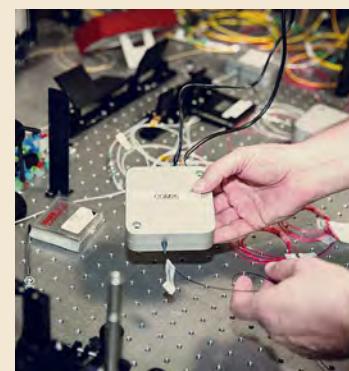
Mehr Infos unter www.bmfwf.gv.at



ENTGELTLEHRE/FOTOGALERIE



HELENA LEA MANHARTSBERGER



Mit seinem Start-up Zerothird produziert Felix Tiefenbacher marktfähige Produkte im Bereich Quantenkryptografie.

Ein Quantum Aufbruch

Österreich gilt nicht als Hightech-Nation, doch im Bereich der Quantentechnologien mischen heimische Start-ups an der Weltspitze mit. Warum die Pioniere trotz widriger Bedingungen im Land bleiben.

Tanja Traxler

Die Welt vor Angreifern zu schützen, die es noch gar nicht gibt – das ist die Aufgabe von Felix Tiefenbacher. Er ist CEO des Wiener Start-ups Zerothird, eines kleinen Unternehmens, das auf seinem Gebiet zu den weltweit führenden zählt. Wenn Tiefenbacher und sein Team Erfolg haben, könnte Österreich bei den Verschlüsselungstechnologien der Zukunft eine Schlüsselrolle spielen. Wenn nicht, wird man sie – wie so oft – aus den USA oder China beziehen.

In einem Land, das selten als Technologiepionier gilt, hat der Bereich der Quantentechnologien Erstaunliches geschafft. Rund um Wien und Innsbruck ist in den vergangenen Jahren, fast unbemerkt von der Öffentlichkeit, ein hochspezialisiertes Ökosystem entstanden, in dem Gründerinnen, Forscher und Ingenieurinnen an den Grundlagen der nächsten Rechenära arbeiten. Die wissenschaftliche Exzellenz ist unbestritten, das Marktpotenzial offenkundig – und doch gilt es, viele hausgemachte Hürden zu überwinden: fehlendes Risikokapital, hohe Produktionskosten und eine Politik, der es noch an Mut und Visionen mangelt.

Drohendes „Armageddon“

Das Internet war von Beginn an nicht dafür gebaut, unzerstörbar zu sein. Heute aber ist der störungsfreie Datenfluss zur Lebensader des Alltags geworden: Digitale Kommunikation, Energieversorgung, Gesundheitsdienste und Mobilität hängen von stabilen, resilienten Netzwerken ab. Doch die digitale Sicherheit ist ein Spiel auf Zeit. Die gängigen Verschlüsselungsmethoden gelten nur deshalb als sicher, weil sie mit heutiger Recheneistung kaum zu knacken sind. Sie bleiben es so lange, bis jemand über mehr Rechenpower, ein klügeres mathematisches Verfahren oder einen leistungsfähigen Quantencomputer verfügt. Für genau diese Szenarien könnte die Quantenkryptografie Abhilfe schaffen.

„Wenn die Chinesen morgen sagen, wir haben jetzt einen leistungsstarken Quantencomputer und wir dechiffrieren jetzt einmal

alles, was ihr so macht, dann wäre das das totale Armageddon.“ Felix Tiefenbacher ist generell ein sonniges Gemüt, doch wenn er über Worst-Case-Anwendungsfälle von leistungsstarken Quantencomputern nachdenkt, verfinstert sich seine Miene. „Unser gesamtes öffentliches Leben könnte lahmgelegt werden: Bundesbahnen, Energieversorgung, E-Banking, Onlineshopping – all das ist noch nicht quantensicher.“

Keine Zeit fürs Siezen

Felix Tiefenbacher ist promovierter Experimentalphysiker und arbeitet seit vielen Jahren im Feld Quantenkryptografie. Vor zwei-einhalb Jahren hat er mit dem Quantenphysiker Rupert Ursin das Start-up Zerothird (vormals Quantum Industries) gegründet, das aus der Grundlagenforschung bereits marktreife Geräte hervorgebracht hat und nun den Aufbau eines europäischen Quantenkommunikationsnetzes plant.

„Es ist weltweit unumstritten, dass Quantentechnologie neben KI das große Zukunftsthema ist“, sagt Tiefenbacher. „Das ist gut für Österreich, denn hier haben wir eine sehr gute Basis.“ Das Siezen hat sich der gebürtige Vorarlberger längst abgewöhnt. Die Quantenphysik so weit zu bändigen, dass fragile Phänomene wie Superposition oder Verschränkung für alltägliche Anwendungen nutzbar werden, ist schwierig genug. Da bleibt keine Zeit für verkomplizierende Förmlichkeiten – weder fürs Siezen noch für strenge Berichtslinien. Und schon gar nicht für schlechten Kaffee.

Und dann wären da noch die widrigen Umstände, mit denen Unternehmen in Österreich zu kämpfen haben – selbst Hochtechnologiebetriebe von Weltrang und mit enormem Wachstumspotential wie Zerothird sind davon nicht verschont, wie Tiefenbacher erzählt. Die Voraussetzungen für die Gründung eines Start-ups seien hierzulande, entgegen

manchen Vorurteilen, „extrem gut und relativ unbürokratisch“. Doch sobald es in die Wachstumsphase gehe, beginnen die Probleme.

Einerseits fehle es an Risikokapital, das in Österreich nur spärlich vorhanden sei – auch weil der Markt schlicht zu klein sei. Andererseits seien die rechtlichen Auflagen komplexer als in anderen Ländern. Und ein weiteres, besonders österreichisches Problem sei hausgemacht: die öffentliche Beschaffung.

Damit ein junges Unternehmen von drei auf dreißig Großaufträge für quantensichere Kryptografiesysteme wachsen könne, wären öffentliche Bestellungen ein entscheidender Hebel. Doch während in Ländern wie in den USA, Deutschland oder auch Griechenland Behörden und staatsnahe Betriebe mit Aufträgen ihre heimische Quantentechnologie fördern, bleiben solche Impulse in Österreich aus. Ministerien, Militär, Energieversorger und Telekomunternehmen rüsten sich weltweit für das Quantenzeitalter – nur hierzulande fehlt es trotz exzellenter Angebote noch immer an den Abnehmern für die Zukunftstechnologien.

Gießkanne abstellen

„Wir werden in Sektoren wie im Tourismus in den nächsten fünf Jahren nicht auf 200 Prozent wachsen. Im Quantentechnologisektor haben wir das Potenzial dafür“, sagt Tiefenbacher. „Beim Staat und bei den staatsnahen Betrieben sollte ein Nachdenkprozess stattfinden, woraus wir in Österreich nicht nur in den nächsten zwei, sondern in den nächsten zwanzig Jahren Kapital schlagen können.“ Die österreichischen Politiker und Politikerinnen möchten ermutigen, „das Gießkanneprinzip abzustellen, schmerzhafte Entscheidungen zu treffen und sich zu überlegen, welche Sektoren jetzt strategisch unterstützt werden müssen.“

Warum sitzt ein Start-up mit weltweitem Alleinstellungsmerkmal ausgerechnet in Wien-Favoriten? „Wegen der Rahmenbedingungen ist kein Start-up hier“, sagt Tiefen-

bacher. Vieles wäre anderswo einfacher. Zwei Gründe aber halten ihn in Österreich: die Familie – und die hier verfügbaren Talente.

An den heimischen Universitäten ist in den vergangenen Jahren eine lebendige Quantenszene entstanden. Sie bringt Jahr für Jahr hervorragende Absolventinnen und Absolventen hervor, die international dringend gesucht werden – aber gerade in Österreich in ausreichender Zahl vorhanden sind.

Quantenhub Innsbruck

Schauplatzwechsel, 500 Kilometer westwärts: In Innsbruck sitzen Magdalena Hauser und Wolfgang Lechner im Besprechungsraum ihres Start-ups ParityQC. Das 2020 gegründete Unternehmen zählt zu den österreichischen Pionieren bei Quantencomputing. ParityQC entwickelt Architekturdesigns für Quantencomputer – und behauptet sich damit weltweit. Erst kürzlich stellte das Team einen Weltrekord bei Quantenalgorithmen auf. „Wir wollen nicht in Konkurrenz zu den USA und China stehen, wo sehr viele finanzielle Mittel vorhanden sind, sondern wir wollen Intellectual Property hier in Österreich generieren und halten und in die Welt lizenziieren“, erklärt Lechner das Geschäftsmodell.

„Es ist keine Frage mehr des Ob, sondern des Wann, dass Quantentechnologien eine entscheidende Rolle spielen werden“, sagt Hauser. Gerade deshalb blickt sie mit Sorge auf die im internationalen Vergleich bescheidenen Investitionen Österreichs: Weltweit fließen bereits jetzt zig Milliarden staatlicher Gelder in die Entwicklung von Quantencomputern. In den USA kommt privates Kapital hinzu, selbst Deutschland investiert fünf Milliarden Euro. Österreich hingegen bleibt bei einigen wenigen Millionen.

Mit Blick auf die internationalen Entwicklungen lässt sich mit einiger Sicherheit sagen: Quantentechnologien werden künftig zu einem der zentralen Hochtechnologiesektoren zählen. Wie viel davon „made in Austria“ sein wird, hängt davon ab, ob es den heimischen Quantenpionieren gelingt, ihre Chancen zu nutzen – und ob das Land den Mut hat, ihnen dabei zu folgen.

IDEE #34

Strategische Förderung und schnellere öffentliche Aufträge

IDEE #34

Strategische Förderung und schnellere öffentliche Aufträge

Alexander Trattner deutet auf eine grün leuchtende Glasvitrine. Sie ist nur etwa einen Kubikmeter groß und doch ein Modell für eine ganze Zukunftsbranche Österreichs – grünen Wasserstoff. Trattner und sein Forscher-team testen in der Glasvitrine das Verfahren der Elektrolyse darauf hin, wie langlebig das verwendete Material ist. Mit der Elektrolyse kann man aus grünem Strom Wasserstoff machen. „Wir werden viele Prozesse in der Industrie, die heute noch fossile Energieträger benötigen, auf grünen Wasserstoff umstellen“, sagt Trattner.

Der Forscher ist Leiter des Wasserstoffzentrums Hycenta (Hydrogen Center Austria) an der TU Graz. Trattner brennt für sein Thema. Er weiß zum Beispiel, wie viele Wasserstoffautos Südkorea in den vergangenen Monaten auf die Straße brachte (7000) und wie viele Wasserstoffbusse ab dem nächsten Jahr in Kärnten fahren werden (35).

Das Hycenta auf dem TU-Gelände am Grazer Stadtrand ist von außen ein schmuckloses Containerbüro mit angeschlossener Wasserstofftankstelle. Innen betreiben 120 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Spitzenforschung. Es sind unscheinbare Orte wie dieser, wo sich entscheidet, ob Österreichs Industrie im globalen Wettbewerb am Steuer bleibt oder nur Passagier sein wird.

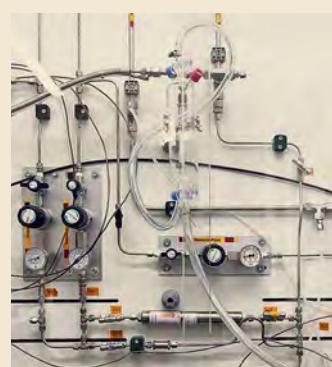
Der grüne Wasserstoff ist wiederum nur ein Teil der heimischen Green-Tech-Branche. Diese umfasst all jene Unternehmen, die an oder mit Umwelttechnik arbeiten. Die Palette reicht vom großen Schienenhersteller bis zum Start-up für Kleinwindkraft, von der Wärmepumpe bis zur Milchalternative aus Marillenkernen. Österreichs Green-Tech-Unternehmen haben im Jahr 2023 einen Umsatz von 21,4 Milliarden Euro erwirtschaftet, heißt es von Ecotechnology Austria, einer Plattform des Klima- und Umweltschutzministeriums. „Umwelttechnologien sind eine klare Stärke Österreichs“, sagt der Ökonom Jürgen Janger vom Wifo.

Eine Wifo-Studie über Österreichs Position bei Schlüsseltechnologien bescheinigte dem Land im Vorjahr, insbesondere in den Bereichen Transport, Abfallwirtschaft und Energieeinsparung, international gut dazustehen. Dennoch erkennt das Wifo auch große Herausforderungen, um nicht zu sagen Probleme.

Fehlendes Risikokapital

„Unternehmen in lange bestehenden Branchen bekommen im internationalen Vergleich viel Forschungsförderung. Damit ist es gelungen, Konzerne wie die Voest zu Technologiekonzernen zu machen“, sagt Janger anerkennend. Aber: „Wo Österreich ganz schlecht darsteht, ist das Wachstum von Start-ups.“ Woran das liege? „Was in Österreich fehlt, ist die Wachstumsfinanzierung durch Risikokapital“, sagt der Ökonom. In den Niederlanden und Schweden zum Beispiel seien die Voraussetzungen für Start-ups viel besser. Zudem fehlten Österreich Fachkräfte und Talente.

Trotzdem gibt es auch Menschen im Land, die ihr Green-Tech-Wissen und Unternehmergeist verbinden – und gründen. Das sogenannte Green Tech Valley, ein Bündnis zur Förderung von Unternehmen im Bereich Klima- und Umweltschutz mit Sitz in Graz, zählt in Österreich derzeit 215 solche Start-ups. Eines davon ist Lignovations. In einer 85 Quadratmeter großen Produktionsstätte im Klosterneuburger Industriegebiet, unweit der Wiener



Alexander Trattner forscht an grünem Wasserstoff und dessen Nutzen für die Industrie.

ELIAS HOLZKNECHT

Green ist die Hoffnung

Österreichs Green-Tech-Unternehmen zählen international zu den innovativsten. Doch während Forschende an grünem Wasserstoff und nachhaltiger Kosmetik tüfteln, bleibt die Frage: Reicht der politische und finanzielle Rückhalt für den großen Sprung?

Lukas Kapeller



Angela Miltner kann mit Bäumen gewonnenem Lignin viele Kosmetika nachhaltiger machen.

HERIBERT CORN



IDEE #35
Mehr Risikokapital und Mittel für technische Hochschulen



Stadtgrenze, tüftelt Angela Miltner mit ihrem Mann und einem kleinen Team an der Revolution der Sonnencreme.

Der Stoff, aus dem Miltners Träume sind, heißt Lignin – jenes Molekül, das Bäume verholzen lässt. Die Lieferanten von Lignovations sind daher Sägewerke. Aus deren Abfällen erzeugt das Start-up in einem Hightech-Verfahren eine hochwertige Bio-Zutat für die Kosmetikindustrie. Das Ergebnis sind extrem kleine Partikel der Lignine, die das Unternehmen eingelegt in Wassergebund an die Industrie liefert. „Am liebsten würden wir es trocken liefern, daran arbeiten wir noch“, sagt Miltner.

Investoren gesucht

Mit bekannten deutschen und französischen Kosmetikherstellern sei man bereits in guten Gesprächen, sagt die Gründerin. Ein potenter Investor werde allerdings auch noch gesucht. In Österreich gebe es „ein gutes Angebot an Förderungen für die Gründung und die ganz frühe Phase“, erzählt Miltner. Sie plädiert aber für „mehr Förderungen, wenn ein Unternehmen später mit seinen Produkten in die Nähe der Marktreife kommt. Da gibt es in Österreich dann nicht mehr so viel.“ Die Vorteile von Sonnencreme mit Lignin liegen laut Miltner jedenfalls auf der Hand – weniger Chemikalien im Meer und in Badeseen und ein kleinerer CO₂-Abdruck der Kosmetikindustrie.

Noch größer als bei Sonnencreme wäre der klimapolitische Hebel beim grünen Wasserstoff. Warum gilt er als ein Schlüssel zur Energiewende? Lange wurde Wasserstoff nur aus Erdgas und heißem Wasserdampf erzeugt. Dabei wird viel klimaschädliches CO₂ freigesetzt, man spricht von grauem Wasserstoff. Wenn man Wasserstoff aber aus Wind- und Sonnenstrom mittels Elektrolyse gewinnt, ist das klimafreundlich, man spricht von grünem Wasserstoff. Interessant ist er zum Beispiel für die Stahlindustrie und für die Luft- und Schifffahrt, als Bestandteil von synthetischen Kraftstoffen (E-Fuels). „Das Energiesystem der Zukunft sollte auf zwei Säulen stehen. Die eine ist grüner Strom, die andere ist grüner Wasserstoff“, sagt Trattner.

Fokus statt Fleckerlteppich

Der Forscher sagt, das Grazer Wasserstoffzentrum habe eine infrastrukturelle und personelle Ausstattung, mit der dieses auch im internationalen Vergleich „eine Top-Forschungseinrichtung“ sei. So eine Bündelung der Kräfte sieht Trattner aber nicht überall: „Österreich ist ohnehin ein kleines Land, und dann haben wir auch noch eine zerstreute Forschungslandschaft. Wir brauchen viel mehr große spezialisierte Forschungseinrichtungen.“

Wifo-Ökonom Janger sieht allgemein Verbesserungspotenzial bei den Hochschulen. „Die Universitäten in Österreich werden in Gleichverteilung finanziert. Die Hochschulförderung müsste aber ganz stark auf technische Universitäten setzen, um mehr Schlüsseltechnologien hervorzubringen“, sagt Janger. In vielen Bereichen verteile der Staat hohe Förderungen und bekomme keine Spitzenleistungen.

Forscherin Miltner nimmt auch einen positiven Trend wahr: „Als ich in den 1990er-Jahren an der TU Wien studierte, war das Ziel der Studierenden, in ein großes Industrieunternehmen zu gehen. Jetzt wird einem dort auch die Möglichkeit aufgezeigt, ein Unternehmen zu gründen.“ Österreich verbessert sich also durchaus. Schlecht wäre nur, wenn sich andere Staaten noch schneller verbessern würden.



Österreich tut sich schwer damit, Talente zu gewinnen und zu halten. Woran liegt das? Was können Unternehmen tun, wo braucht es politischen oder gesellschaftlichen Wandel?

Jonas Vogt



HELENA LEAMAHRTSBERGER (2)

Nuno Maulide (oben), Wissenschaftler des Jahres 2018, fragt sich: „Warum sind die Österreicher so wenig selbstbewusst?“ Elisa Aichinger von Deloitte (unten) berät Unternehmen bei der Suche nach Talenten: „Recruiting wird zu wenig planmäßig angegangen.“

Herr Professor, warum sind Sie nach Wien gegangen?“ Nuno Maulide lächelt und schüttelt den Kopf. Der Portugiese, Österreichs Wissenschaftler des Jahres 2018, leitet an der Uni Wien eine nach ihm benannte Forschungsgruppe für organische Chemie. „Wenn ich für die Frage jedes Mal einen Euro bekommen hätte, wäre ich heute ein reicher Mann.“

Dass sich jemand, der unter anderem an der Universität Stanford studiert und am Max-Planck-Institut für Kohlenforschung gearbeitet hat, freiwillig für Wien entscheidet, das passt für viele nur so halb. Deshalb wird Maulide die Frage auch immer wieder gestellt, auch zwölf Jahre nach seinem Umzug.

Die Verwunderung kommt nicht von ungefähr. Österreich gilt nicht als Anziehungspunkt für Talente, im Ringen um die besten Köpfe zieht es häufig den Kürzeren. „High Potentials“ verlassen das Land für bessere Möglichkeiten oder kommen gar nicht erst her. Für die heimische Wirtschaft ist das ein Standortnachteil, denn ohne gute Leute lässt es sich schwer Geld verdienen und noch schwerer innovativ sein. Der Kampf um die passenden Mitarbeiter wird mit jedem Jahr härter: Nicht nur dass der demografische Wandel das Problem im Land verschärft – es haben auch so ziemlich alle westlichen Industrieländer dieselben Probleme.

Wenig attraktiv

„Warum sind die Österreicher so wenig selbstbewusst?“ Maulide sitzt in seinem Büro im Institut an der Währinger Straße. Der 45-Jährige kann aus dem Kopf einige Dinge aufzählen, die für Wien sprechen. Die Leute seien gut, sagt er – die oberen 20 Prozent der Studierenden in Wien könnten genauso gut in Harvard oder Oxford studieren –, die Stadt biete eine sagenhafte Lebensqualität. Und es sei auch so ein gutes Gefühl, irgendwo hinzugehen, wo nicht alle Pfade gelegt seien und man etwas aufbauen könne.

Die Uni Wien war großzügig zu Maulide, er hat es ihr aber auch zurückgezahlt: mit Erfolgen in der Wissenschaft, aber auch in der notwendigen Wissenschaftsfinanzierung. Mehrfach konnte er Förderungen des European Research Councils gewinnen (ERC-Grants), das Nonplusultra in der Drittfinanzierung.

Maulide ist eine Fachkraft wie einer Politikerrede entnommen: (relativ) jung, exzellent ausgebildet, motiviert. Jemand, der die Leute um ihn herum mit hochzieht. Damit tut sich Österreich schwer. Zwar verstärkt das Land seit Jahren seine Bemühungen, qualifizierte Leute aus dem Ausland anzuwerben, aber die Zahlen steigen nur langsam. Mitte des Jahres gab es 12.400 qualifizierte Fachkräfte mit einer Rot-Weiß-Rot-Karte, bei vier Millionen unselbstständig Beschäftigten im Land. Im „Talent Attractiveness“-Ranking der OECD belegte Österreich 2023 nur noch Platz 25, acht Plätze schlechter als noch 2019.

2013 tritt Maulide die Stelle in Wien an und nimmt seine Forschungsgruppe aus dem deutschen Mühlheim mit nach Österreich. Schnell merkt er, wie kompliziert die Dinge werden können. Die Visa für seine Leute sind – trotz EU – mit einem Schlag ungültig. Und da hören die Probleme nicht auf. „Unsere PhDs aus China haben vierjährige Verträge an der Uni, müssen aber jedes Jahr ihr Visum erneuern“, sagt Maulide. „Österreichs Zugang zu

Migration ist völlig irrational.“ Die österreichische Politik spricht, was das Thema angeht, mit zwei Zungen. Sie will die „Falschen“ abschrecken und die „Richtigen“ anwerben. Auf dem Papier lässt sich das gut trennen, in der Realität ist das schwieriger. Auch Fachkräfte, die mit dem Asylsystem an sich nichts zu tun haben, machen dieselben demoralisierenden Erfahrungen mit den Behörden. 2023 bekam ein afghanischer KI-Forscher, der in Seoul lebt und in Österreich eine Fachtagung besuchen wollte, kein Visum.

Welcher Wettbewerb?

Vieles an Maulides Geschichte ist eher untypisch für Österreich, aber im Kern sind ein paar Dinge drin, auf die man immer wieder stößt: Das Land punktet bei Expats wieheimischen Talenten mit Lebensqualität, was vor allem ab Ende 20 – wenn der Gedanke an die Familiengründung ernster wird – sehr relevant wird. Aber Leute, die andere Optionen haben, sind keine Bittsteller. Sie kommen nicht automatisch, weil man sie lässt. Das Angebot muss stimmen. Und wenn sie sich willkommen fühlen, hilft das sicher auch.

„Man muss sich als Arbeitgeber ehrlich fragen, in welchem Wettbewerb man sich befindet“, sagt Eliisa Aichinger. Aichinger ist Partnerin bei der Unternehmensberatung Deloitte Österreich und leitet den Bereich „Social Innovation“. Grob gesagt berät sie Kunden dabei, wie sie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen, halten und Teams möglichst produktiv aufstellen können. Themen, die immer wichtiger werden; die Babyboomer, zahlenmäßig die größte Alterskohorte in Österreich, gehen in Pension, von unten kommt aufgrund der demografischen Entwicklung zu wenig nach.

Der Arbeitsmarkt wandle sich, Unternehmen müssten darauf reagieren, sagt Aichinger. Vieles, was in der Debatte öffentlich präsent sei, sei richtig: Der Fachkräftemangel verschiebe die Verhandlungsmacht tendenziell in Richtung der Bewerber, es gebe den Wunsch nach Homeoffice, nach Sinn, nach weniger Wochenstunden. Aber die Realität ist komplizierter. Diese Themen seien in einem bestimmten Milieu – urban, gut ausgebildet, mit gutem familiärem Hintergrund – entscheidend. „Dieses Milieu ist medial sehr präsent und auch für uns sehr wichtig.“ Aber nur etwa ein Drittel der Bewerber gehöre dorthin – der Rest würde ganz traditionell nach Werten wie Sicherheit streben.

Zu wenig planmäßig

Aichinger sucht mit ihren Kunden nach Lösungen, und diese schauen oft so aus, dass man sich einfach erst einmal überlegt, wen man überhaupt ansprechen will, was sie suchen und wie man sie erreicht. Konkretes Beispiel: Eine Tiroler Privatbank hatte ihr Recruiting auf Absolventen ausgerichtet, die aber – kurz nach dem Abschluss – schwer zu überzeugen waren, in die Provinz zu ziehen. Letztlich verschob man die Anstrengungen in Richtung ältere Kandidaten, auch aus Deutschland, die Tirol vielleicht schon aus dem Urlaub kannten. Das ist das, was mit dem „Wettbewerb“ oben gemeint ist: sich zu fragen, mit wem ich konkurriere – und was ich ändern kann, wenn ich das nicht will.

Das größte Problem sei, dass in Österreich HR- und Recruiting-Themen nicht planmäßig genug angegangen würden, sagt Aichinger. In einem klassischen KMU – 99 Prozent der österreichischen Unternehmen – mache die HR die Perso-

nalverrechnung, Jobinterviews führe der Geschäftsführer nebenbei.

„Da hat niemand Zeit, sich strategisch Gedanken zu machen.“ Gleichzeitig würden aber die Anforderungen wachsen: In diverseren Teams entstünde mehr Reibung, wer „stille Reserven“ wie Frauen oder ältere Arbeitnehmer aktivieren wolle, müsse sich überlegen, was sie suchen und was sie zurückhält. Im Personalwesen müsse manches neu gedacht werden, sagt Aichinger.

sagt Aichinger.
„Es ist aber auch
keine Rocket-
Science, die Ele-
mente sind alle da.“

Bleibt noch die Frage, ob es in Österreich nicht einfach auch an Gründergeist fehlt. Und ob gute Leute nicht auch dadurch ins Ausland „vertrieben“ werden. Da sei schon etwas dran, sagt Nina Wöss, Managing Partner

Bleibt noch die Frage, ob es in Österreich nicht einfach auch an Gründergeist fehlt. Und ob gute Leute nicht auch dadurch ins Ausland „vertrieben“ werden. Da sei schon etwas dran, sagt Nina Wöss, Managing Partner

IDEE #36

Eine unternehmerfreundliche Kulturschaffen

beim Fund F, einem Fonds, der in Start-ups mit diversen Gründungsteams investiert. Wöss bewegt sich seit 15 Jahren in diesem Mikrokosmos und kennt sich dementsprechend aus. „Man muss aber schon sagen, dass sich in Österreich vieles zum Guten hin entwickelt“

zum Guten hin entwickelt hat.“ Es gebe alles, was es für eine erfolgreiche Start-up-Szene braucht, wie gute Unis, an denen interessante Forschung stattfinde.

Aus diesen Voraussetzungen wird in Österreich aber oft wenig gemacht. Ein Beispiel sind die akademischen Spin-offs, also Unternehmen, die aus Universitäten ausgegründet werden und die Forschung in die Wirtschaft überführen. Das gilt als massiver Treiber von Innovation. Österreich ist in dem Bereich trotz hoher Forschungsausgaben

nicht besonders erfolgreich. Einzelne Unis wie die TU München und die ETH Zürich generieren im Jahr mehr Verwertungs-Spin-offs als alle österreichischen Unis zusammen.

Falsches Bild

Das Problem der Spin-offs ist auf die politische Agenda gerückt. Die bundeseigene Förderbank AWS hat seit dem letzten Jahr eine eigene Spin-off-Initiative, das Bildungsmi-nisterium entwickelte einen „Aus-gründungsrahmen“, um das Proze-

dere zu standardisieren. Das sei alles gut, sagt Wöss, aber im Kern stecke auch ein Kulturproblem. „Wir haben in Österreich ein grundsätzliches Problem mit dem Bild der Unternehmerin und des Unternehmers.“

Aktuelle Studien dazu sind trostlos: Zwei Drittel der jungen Österreicher glauben nicht, dass Unternehmer einen positiven Beitrag zur Gesellschaft leisten; der Anteil von Menschen, die ein Unternehmen gründen wollen, ist nur noch in Polen kleiner.

„Wenn ich in diese Kultur hineinwachse und lerne, dass Unternehmer böse sind, dann möchte ich zu diesem Kreis vielleicht auch nicht dazugehören“, sagt Wöss. Vor einigen Wochen ging eine Stiftung Unternehmerische Zukunft an den Start, die unter anderem eine unternehmerische Bildung in den Schulen fordert, um diesen Kulturwandel langsam herbeizuführen.

Am Ende schlägt Wöss in eine ähnliche Kerbe wie die anderen Gesprächspartner. Natürlich seien Gehalt und Steuern für die Attraktivität eines Landes für Talente wichtig. „Aber man darf nicht vergessen, dass diese Leute häufig nicht Deutsch sprechen und im Alltag rassistische Erfahrungen machen“, sagt sie.

Abschreckung gegenüber Leuten von außen sei nicht nur moralisch ein Problem, sondern auch ein Standortnachteil. „Dementsprechend sehe ich es kritisch, wenn sich die Wiener wieder einmal dafür feiern, die unfreundlichste Stadt der Welt zu sein.“

The UNIQUE



Sicher RISKA

ADOBESTOCK

Gerade weil die Österreicher die Sicherheit so lieben, müssen sie mehr ins Risiko gehen. Sonst verlieren sie nicht nur den Mut, sondern auch alles andere.

ESSAY: Wolf Lotter

Wer die Seele und das Wesen Österreichs erkennen will, dem wird in der Literatur meist Arthur Schnitzler empfohlen. Wer aber erfahren will, wie es die Menschen in diesem Land mit Veränderung, Mut und Risiko halten, sollte sich die Lebensgeschichte und das Werk des tschechischen Altösterreicher Jaroslav Hašek zu Gemüte führen. Darin findet sich alles, was bis heute dafür sorgt, dass aus übertriebener Sorge, einem zu engen Sicherheitsdenken auf der einen und einer falsch verstandenen Risikokultur auf der anderen Seite jene tückische Endlosschleife wird, in der jede Veränderung zum Besseren auf der Strecke bleibt. Hilft das „Mehr Mut zum Risiko“? Schauen wir einmal.

Hašek kennen wir vor allem durch sein Hauptwerk, den Roman *Die Abenteuer des brauen Soldaten Schwejk im Weltkrieg*, in dem er diese beiden Extreme vorführt: An einem Tag stürmen die Offiziere vom eigenen Mut plus Sliowitz besoffen nach vorn, um sich am nächsten Tag zusammengekauert im Schrank zu verstecken. Hašek kannte seine Pappenheimer. Mehr als ein Jahrzehnt bevor er den *Schwejk* schrieb, gründete er mit Freunden eine „Partei für gemäßigten Fortschritt in den Schranken der Gesetze“, die begeisterten Zuspruch fand, weil den Wählerinnen und Wählern im Fall eines Wahlsiegs die Verstaatlichung der Hausmeister sowie – als Morgengabe der Regierung ans Volk – ein formschönes Taschenaquarium in Aussicht gestellt wurde.

Das ist das österreichische Modell. Wir alle sind für den Fortschritt, solange er uns nicht erreicht.

Wir sind alle für mehr Mut und Risiko, so lange sichergestellt bleibt, dass wir nichts von unseren wohlerworbenen Rechten verlieren. Dieser Realisterei stehen die Wirtschaftswissenschaften und die Politik in der Regel hilflos gegenüber. Dass es mehr Mut zum Risiko braucht, ist seit den 1970er-Jahren erkannt. Aber wenn es dann ums Machen geht, versteken sich „die Leute“ im Schrank.

Und dann?

Die Wirtschaftsliberalen verfassen flamende Bekenntnisse zu mehr Mut und Risiko,

IDEE #37

Mehr Bereitschaft zum Risiko zeigen

kobereitschaft in wirtschaftlichen Fragen, und sie haben recht. Die Sozialfraktion antwortet darauf mit den global wie national unsicheren Zeiten, einem anwachsenden Gefühl der persönlichen und materiellen Unsicherheit, die ja keine Einbildung ist, sondern Realität; sie haben also auch recht. Die Einsicht daraus ist eigentlich gar nicht so schwer:

Die „Leute“ sind „die Kultur“, und die Kultur ist die Realität einer Gesellschaft. Es hat keinen Sinn, an ihr moralisch – von welcher Seite auch immer – herumzudoktern. Das ist keine Hilfe, höchstens Beschäftigungstherapie.

Risiko auf sicherem Fundament

Die Leute wollen eine Politik des gemäßigten Fortschritts in den Schranken der Gesetze, sie kennen also die Widersprüche der Realität sehr gut.

Interessen lügen nicht, sagt eine alte Weisheit. Deshalb findet mehr Risiko nur auf dem Fundament verlässlicher Sicherheiten statt. Mehr Mut zum Risiko ist nicht das Motto am Eingang eines Spielcasinos, sondern einer Gesellschaft, die mehr unternehmerische Initiative, mehr selbstständiges und eigenverantwortliches Leben und Arbeiten braucht, damit sie endlich weiterkommt.

Wer Menschen in Zeiten magerer Budgets und steigender Arbeitslosigkeit zu mehr Wagnis auffordern will, ohne ein solides Netz, hat eine schlechte Menschenkenntnis. Ins Risiko geht man nicht ohne Abwägung der eigenen Interessen. Und von mehr Risiko ohne klare Sicherheit reden immer nur die, denen nichts geschehen kann:

die Erben der Wohlstandsgesellschaft, deren Reden von mehr Mut immer nur auf das Risikokonto anderer Leute einzahlt.

Die Zukunft kann nur gestalten, wer von der Vergangenheit gelernt hat. Die Lehren des Risikos liegen nicht vor uns, wir finden sie in unserer Geschichte. Die christlichsozialen und sozialdemokratischen Volksparteien, die in der Industrialisierung und damit auch zu Beginn des Sozialstaats gegründet wurden, waren in der Lage, die Widersprüche der Interessen nicht weiter zu polarisieren, sondern auszugleichen und dadurch eine verlässliche Mitte zu schaffen. Ein Name dafür ist Sozialpartnerschaft. Dabei geht es ja nicht nur um

den Ausgleich von Interessen, sondern um eine neue Kultur des konstruktiven Widerspruchs. Du willst, dass die Leute mehr ins Risiko gehen? Dann gib ihnen ein stärkeres Netz! Wenn sie fallen, können sie wieder hochklettern.

Aber wir achten auch darauf, dass niemand unten im Netz liegen bleibt. Wie das geht? Indem die Kultur, der Alltag, die Politik, die Gesellschaft bis in die kleinste Struktur hinein diejenigen loben und hervorheben, positiv diskriminieren, die das Netz eben nicht als Hängematte zweckentfremden. Weiß eigentlich auch jeder. Und auch, dass dieses Modell irgendwann an seine Grenzen gerät und neu aufgesetzt werden muss. Irgendwann ist – längst schon – jetzt.

Das Ziel allen Wagens

Der Kern der alten Sozialpartnerschaft war leistungsorientiert und belohnte das Machen, nicht das Konsumieren. Bei allen Unterschieden predigten sie eine heute enorm wichtige Tugend: Du musst was tun, damit du weiterkommst! Das war ein Appell an die Eigenverantwortlichkeit. Wer „mehr Risiko“ sagt, meint immer auch mehr Leistungsbereitschaft, und die bedeutet in einer digitalen Wissensökonomie viel mehr als nur Fleiß: Selbstständiges Denken ist die Grundlage jener permanenten Innovationsfähigkeit, die letztlich Wohlstand schafft. In der „nivellierenden Mittelschichtsgesellschaft“ der Nachkriegszeit war das Leistungsprinzip ein herausragendes Merkmal. Es meinte nie ein Schaulaufen der Supertüchtigen, sondern ein kulturelles Bewusstsein, dass man alle Menschen auch nach ihrem ehrlichen Bemühen beurteilen sollte, unter Wahrung aller Unterschiede.

Dieses Modell ist keineswegs veraltet. Auch die „nivellierende Mittelschichtsgesellschaft“ baut auf materieller Sicherheit, auf einem sozialen Netz auf, mit dem die besondere Leistungsfähigkeit und das überdurchschnittliche Engagement überhaupt erst möglich werden, die sich (in Deutschland wie in Österreich) im Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit zeigten.

Die Vernachlässigung der Kernwerte der Sozialpartnerschaft – ganz besonders des Leistungsprinzips – hat einen wesentlichen Anteil an der gesellschaftlichen und kulturellen Kri-

se unserer Tage. Politik ist nicht dazu da, ihre eigenen Klienten zu versorgen, sondern um eine Kernfunktion demokratischer Politik zu stärken: die Emanzipation, also die Unabhängigkeit „der Leute“. Man kann nicht auf der einen Seite Wohnungen und Jobs nur an Parteidreunde vergeben und auf der anderen Seite mehr Risikobereitschaft verlangen. Im Umkehrschluss müssen sich die Politik und der Staat energisch als Dienstleister der Bürgerinnen und Bürger umgestalten. Das funktioniert dann so wie in meist erfolgreichen Unternehmen: Mach du, was du am besten

kannst, und wir halten dir den Rücken frei. Und wenn das gut wird, machen wir auch einen Unterschied – bezahlen dich besser, behandeln dich besser. Gerechtigkeit statt Gleichmacherei also, ein sehr gutes Mittel für mehr Risikobereitschaft.

Für all das müssen wir nichts neu erfinden, aber das, was beschworen wird, endlich verstehen und ernst nehmen. „Walk the talk“ nennt man das im Englischen, nicht nur reden, sondern selber machen. Risikobereitschaft, die uns aus der Endlosschleife holt, stärkt nicht „die Leute“, sondern den Menschen. Die Person. Das Individuum.

In seinem Meisterwerk *Skin in the Game* hat der amerikanische Autor Nassim Nicholas Taleb wunderbar beschrieben, was es ausmacht, wenn aus den allgemeinen Risikoappellen „an die Leute“ eine persönliche Entscheidung wird. Privat gehen Menschen durchaus Risiken ein, die sie beruflich und gesellschaftlich meiden. In einer risikoscheuen, ja feigen Struktur sind Helden die Dummen. Das muss sich ändern. Wenn es um die eigene Haut geht, dann heißt das vor allen Dingen auch: Es geht um uns selbst, wir setzen uns für etwas ein, damit wir etwas gewinnen können. Ab hier haben Menschen nicht nur etwas zu tun, sondern ein Ziel, ein Leben, und zwar eines, das ihnen keine Last ist, sondern Glück. Das ist übrigens das Ziel allen Wagens. Alles andere kann man sich sparen.

WOLF LOTTER ist Publizist mit Schwerpunkt Innovation und Transformation. Er war Gründungsmitglied des Wirtschaftsmagazins „Brand eins“. Demnächst erscheint im Haufe-Verlag „Digital erwachsen. Streitschrift für mehr natürliche Intelligenz“.